

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Des „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgeleget werden.

Nr. 276.

Mittwoch, den 26. November 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Krisis in Amerika.

— Unser ganzer gegenwärtiger Geschäftsgang steht mit seinen Hoffnungen auf die Fortdauer der guten Konjunktur in Amerika. Wie die junge Riesenrepublik Mitte der 90er Jahre den wirtschaftlichen Aufschwung hervorgerufen hat durch die Steigerung ihres Bedarfs, so hat sie der weiteren Vertiefung und Verschlimmerung der Krise Halt geboten durch die Aufnahme unserer Ueberproduktion. Unser überschüssiges Roheisen, wie unsere überschüssigen Fertigfabrikate gingen auf den amerikanischen Markt, während gleichzeitig sich Amerika sich als ein Land des Geldüberflusses zeigte, welches zu einer Zeit, da bei uns entweder Geldknappheit herrschte oder die Kapitalisten sich fürchteten, ihr Geld zu verlieren, seinen Goldstrom durch die Hände Morgans nach Europa fließen ließ.

Bei uns dauert die wirtschaftliche Krise an. Eine Besserung aus eigener Kraft vermag der europäische Kapitalismus, speziell der deutsche, anscheinend nicht zu schaffen. Seine Hoffnung steht auf Amerika. So lange dort die heilige kapitalistische Ordnung nicht ins Wanken gerät, ist noch immer ein Abflußkanal für die deutsche Ueberproduktion vorhanden. Damit aber ist zugleich gegeben, daß bei uns die Krise in ein neues schlimmes Stadium treten muß, sobald die allgemeine Geschäftsstockung auch Amerika ergreift.

Diese Zeit scheint jetzt bedrohlich nahe heranzurücken. Das Fanfarengeschmetter der kapitalistischen Presse, welches während des ganzen vorigen Jahres nicht laut genug die Herrlichkeit des amerikanischen Wirtschaftslebens zu rühmen wußte, ist verstummt.

Außerlich ist das laufende amerikanische Geschäftsjahr von dem vorigen nicht sehr verschieden. Die Eisenindustrie und die ganze Geschäftswelt hatte dazu zu lange dauernde und große Aufträge. Auch die Ernte der so sehr in Betracht kommenden amerikanischen Landwirtschaft war gut, obwohl das finanzielle Resultat noch ausbleibt. Aber ein Blick auf die amerikanische Börse, auf welcher seit längerer Zeit alle Spekulation gelähmt ist, zeigt deutlich, daß auch das amerikanische Produktionsleben seinen Höhepunkt überfliegen hat. Waren es die gegen die großen Kapitalistenorganisationen angelegten Projekte, war es der große Kohlenarbeiterausstand, der nach fünfmonatlicher Dauer durch die Intervention des Präsidenten beendet wurde, oder war es die sonstige starke Inanspruchnahme aller verfügbaren Mittel, welche die kapitalistische Spekulation hemmt? Genug, die Börse des kapitalistischen Amerika zeigte ein durchaus todtes Bild. Und als nun die zu Entzwecken benötigten Mittel der Banken des Westens von New-York zurückgezogen wurden, trat plötzlich eine Spannung ein, die nur durch die Maßnahmen des Schatzsekretärs nochmals behoben werden konnte. Er löste zu diesem Zwecke Staatsanleihen bereits vor dem Verfalltag ein, er stellte die flüssigen Staatsgelder den Banken zur Verfügung und sprang auch in sonstiger Weise dem stöckenden kapitalistischen Apparat bei, sobald bereits die mit den großen Kapitalisten noch nicht liierte amerikanische Presse lauten Protest erhob.

Aber die Hilfe des Schatzsekretärs wird an der schließlichen Gestaltung der Dinge nichts ändern, wenn sie auch über augenblickliche Verlegenheiten hinaus hilft. Einmal im Bankrott, läßt sich das künstlich aufgetürmte Hausgebäude nicht halten, und auch in Amerika wird die Macht des Kapitalismus nicht stark genug sein, den Erschütterungen Trost zu bieten.

Die deutschen Börsen sehen deshalb mit Zittern und Zagen auf Amerika. Der Ausbruch der Krise in Amerika würde dieses Land als Konsument zunächst ausschalten. Für die deutsche Eisenindustrie wäre dies der komplette Ruin. Wer da weiß, welche großen Verluste an und für sich den Werken durch das Ausblasen eines Hochofens entstehen, wie viel Arbeiter dadurch brotlos werden, kann den ungefähren Schaden ermessen, den die deutsche Eisenindustrie und ihr Arbeiterheer haben würden, wenn das bedeutende Absatzgebiet plötzlich verloren ginge, welches sich die deutsche Industrie seit Jahresfrist in Amerika geschaffen hat.

Die Anzeichen des Niedergangs zeigen sich gegenwärtig insbesondere in dem Rückgang des Rates der Schiffahrtsaktien. Bei den Schiffahrtsunternehmen ist das amerikanische Großkapital besonders stark beteiligt und man fürchtet bei einem Niedergang zunächst mit Recht schwere Verluste der Schiffahrtsgesellschaften. Man hört jetzt aus Amerika beständig vom Verlaufe der durch die Amerikaner erworbenen deutschen Schiffahrtsverträge. Auf dem Gebiete der Schiffahrt hatte sich die Spekulation besonders übernommen, während gleichzeitig die Schiffahrt am meisten unter der Krise zu leiden hatte. Als der Schiffahrtsrat durch Morgan ins Leben gerufen wurde, fanden vielfach Käufe in Hamburger Paketfahrt- und Norddeutschen Lloydaktien für amerikanische Rechnung statt. In Folge der schwierigen Lage an amerikanischen Börsen sind diese Posti-

tionen in jüngster Zeit gelöst worden. Zu dieser schlimmen Lage der kapitalistischen Spekulation Amerikas an sich kam die ungünstige Lage des Frachtenmarktes. Zunächst die Verminderung der Frachten infolge der wirtschaftlichen Krise; dann die kurzfristige kapitalistische Profitgier. Als der Kohlenarbeiterstreik ausbrach, landten die deutschen Kapitalisten wie wahnsinnig Kohlen nach Amerika hinüber. Aber diesen Schiffen fehlte es an Rückfracht, und sie nahmen nun Ladungen nach Europa zu jedem Preise an. Zu der schlechten Lage des Frachtenmarktes gesellen sich die Bestrebungen in Oesterreich-Ungarn den österreichischen Auswandererverkehr über Triest und Fiume, anstatt wie bisher über Hamburg und Bremen zu leiten. Dies alles hat zusammengewirkt, die Kurse der Schiffahrtsaktien sinken zu lassen.

Jene gigantische Trust-Politik der Vereinigten Staaten hat offenbar zu viel gewagt. Vielleicht noch weniger auf dem Gebiete des Weltverkehrs als auf dem begrenzten Gebiete Amerikas selbst. Durch diese Trustbildungen wird das Schicksal ungeheurer Kapitalien oft nur von wenigen Köpfen bestimmt, und dieses System schließt eine dauernde Gefahr in sich. Die verheerende Spekulation eines einzelnen dieser Riesenkapitalisten zieht ungeheure Verluste nach sich, die geeignet sind, das ganze kapitalistische Gebäude zu erschüttern. Und dabei wird in Amerika immer weiter „getrustet“. So ist erst im vorigen Monat der Kupfertrust mit 500 Millionen Dollars zu Stande gekommen, so der Zinktrust und der Bleiwaarentrust, um nur einige zu nennen, und augenblicklich ist ein Fleischtrust in der Bildung begriffen, der mit 500 Millionen Dollars kapitalisiert werden soll. Man sieht, wie in Amerika mit Summen operiert wird, an die man in Deutschland kaum zu denken wagt. Wenn dieses Spekulationsgebäude eines Tages zusammengebrochen, werden die Folgen auch die ganze kapitalistische Welt Europas schwer erschüttern.

Und die Sturmzeichen sind da!

Das deutsche Proletariat hat mühsam die ersten Schläge der heimischen Krise überstanden, als deren Folge eine latente Arbeitslosigkeit und ein niedriger Arbeitslohn, Arbeitseinschränkungen und Unsicherheit der Existenz geblieben ist. Das Proletariat geht auch jetzt noch keiner besseren Zeit entgegen. Es mag seine Organisation stark erhalten und gerüstet Schulter an Schulter stehen, damit es nicht wehrlos preisgegeben ist, wenn das Kapital alle Schläge der Krise auf das Proletariat abwälzen will.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, 21. November.

Aus dem Reichstag. Wer bisher noch nicht gemerkt hat, daß die Junter für die Volksschule kein oder nur ein negatives Interesse haben, der konnte es am Montag lernen. Von der Zollmehrheit fehlte ein so großer Teil, daß die Reichstagsitzung schon um 3 Uhr durch Beschlußunfähigkeit ein vorzeitiges Ende fand. — Unsere Fraktion beantragte, dem Tarifgesetz einen § 11b zuzufügen, des Inhalts, daß von den Zollströmen jährlich 100 Millionen in die Bundesstaaten zur Förderung des Volksschulwesens überwiesen werden sollen. In einer glänzenden Rede begründete Bebel diesen Antrag. An der Hand eines ebenso reichen wie unwiderleglichen Materials geißelte unser Redner die jeder Beschreibung spottenden, futurwidrigen Schulzustände, wie sie namentlich auf den Latifundien des Junterparadieses Ostpreußen florieren und neuerdings durch den Trakehner Prozeß eine so grelle Beleuchtung erfahren haben. — Die Mehrheitsparteien — und nicht sie allein — hielten es nicht einmal für nötig, sich zu dieser wichtigen Sache auch nur zu äußern. Die patentierten „Lehrerfreunde“, die Freimüthigen, die nationalliberalen Bildungsschwärmer und Kulturkämpfer wie Sieber und Sattler, der katholische Lehrer Sittart: sie alle schienen es nicht der Mühe für werth zu erachten, den Mund aufzutun; der Volksparteiler Rektor Kopsch ließ sich die Gelegenheit entgehen, hier, wo ihn doch kein Landrathsherr niederbrüllen kann, den Trakehner Prozeß zur Sprache zu bringen. Nur ein einziger Redner stand noch auf der Liste: der Pole G a r l i n s k i, der ganz kurz bemerkte, daß seine Fraktion mit dem Antrag sympathisire — aber leider nicht für ihn stimmen könne.

So schloß denn die Diskussion — an Mangel an Rednern. Und nun ereilte die Schwärmer- und Schweigermechtheit die gerechte Strafe. Auf Antrag Singer ging die Abstimmung namentlich, d. h. durch Stimmgabel vor sich. Abgesehen davon, daß die Sache in die Länge. So kam es, daß, obwohl zur Zeit des Beginns der Abstimmung nur ca. 70 Abgeordnete im Saale waren, 178 an der Abstimmung sich beteiligten; einige Junter wollten gar noch stimmen, als die Zeremonie schon geschlossen war. 162 Botanten, darunter die Freimüthigen, verworfen unseren Antrag; sieben (wohl die Polen) enthielten sich. Recht unwirksam verkündete v. Ballestrin, der inzwischen seinen konservativen Stellvertreter Grafen Stolberg abgelöst hatte, das Resultat und damit die Beschlußunfähigkeit des Hauses, sowie die Tagesordnung der Dienstags-Sitzung (Fortsetzung der Tarifberatung). Aus guten Gründen kam der Präsident den Wünschen

einiger agrarischer Heißsporne, noch am Montag eine Sitzung abzuhalten, nicht nach.

221. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf P o s a d o w s k y, Frhr. v. T h i e l m a n n.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt. Die Sozialdemokraten beantragen folgenden § 11 b. Von dem Ertrag der auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Zölle sind alljährlich 100 Millionen Mark den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Maritularbeiträgen herangezogen werden, zur Förderung des Volksschulwesens und zwar speziell zur Umstellung und bessere Besoldung der Lehrer und Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und der Lehrmittel zu überweisen.

Bebel (S.) verweist auf die steigenden Aufwendungen der Gemeinden für das Schulwesen. Eine Erleichterung dieser Lasten würde in weiten Kreisen mit viel größerer Freude begrüßt werden, wie die Wittwen- und Waisenversicherung nach dem Trimborschen Vorschlag. So drückend die Schullasten sind, so werden auf dem Gebiet des Volksschulwesens noch keineswegs alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Wir bekämpfen den Zolltarif als ein kulturfeindliches Werk; falls er aber zustande käme, soll wenigstens ein Theil der sehr bedeutenden Mehreinnahmen, die er dem Reiche bringt, für wirkliche Kulturbedürfnisse, in erster Linie für die Förderung des Volksschulwesens, verwendet werden. Das ist, nach Miquels Wort, die beste Anlage. Wenn auf das Dehnt des Reichs hingewiesen wird, so trägt die Finanzpolitik des Zentrums, sein Flottenbewilligungserlöse, das Flottenäternat, das es geschaffen, neben der wirtschaftlichen Krisis daran die Hauptschuld. Trotzdem drohen große neue Ausgaben: eine weitere Vermehrung der Flotte und vor allem eine Verstärkung der Kavallerie, für die bereits von verabschiedeten Generalen in Zeitungsartikeln Stimmung gemacht wird. Das Quinquennat läuft 1903 ab, wir werden zweifellos eine Vorlage auf Vermehrung der Kavallerie im nächsten Jahre erhalten. Um so energischer müssen wir Fürsorge für wirkliche Kulturzwecke tragen. Ein Reichszuschuß für die Volksschulen würde vor allem zur Entlastung der Städte dienen. Keine einzige ländliche Gemeinde erhebt heute einen Steuerzuschlag von 100 Proz., während die Städte nur deshalb nicht über 100 Proz. hinausgehen suchen, weil sie sonst in ihrer Finanzverwaltung von der Regierung abhängig werden. Unser Volksschulwesen steht durchaus nicht mehr an der Spitze; Frankreich hat uns längst überholt. (Widerspruch bei den Reih.) Die gesamten Kosten für das Volksschulwesen beliefen sich 1889 auf 341 700 000 Mark, von denen die gesammten deutschen Staaten nur 99 Millionen aufbrachten. Für Militär, Marine und Pensionen aber werden 1018 Millionen ausgegeben. In der Volksschule kommt durchschnittlich auf 63 Schüler ein Lehrer, in den höheren Schulen auf 17 Schüler ein Lehrer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das außerordentliche Bildungsbedürfnis des Volkes wird nicht befriedigt; es fehlt im Volksschulwesen des Deutschen Reiches an allem Nothwendigen. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Schulkhäuser auf dem platten Lande, namentlich im Osten Deutschlands, befinden sich in dem traurigsten Zustande. In einem Kirchdorf war die zweiklassige Schule 6 Jahre hindurch wegen Baufälligkeit geschlossen. (Hört, hört!) Wenn Kasernen, Pferdeställe, Artilleriedepots abbrechen, werden sie sofort wieder aufgebaut; aber für den Neubau von Schulkhäusern sind keine Mittel vorhanden, und dabei spricht man von einem Kulturstaat! 27 Proz. der preussischen Volksschüler werden in Schulen unterrichtet, die der „Deutsche Reichsanzeiger“ als überfüllt bezeichnet hat. Wie oft kommen in Preußen 100—200 Kinder auf einen Lehrer, während in Holland das gesetzliche Maximum 48 in Norwegen 40 Schüler pro Lehrer beträgt. Für 5 Schulen, in denen auf 1 Lehrer 162 Schüler kommen, ist der preussische Fiskus Schulpatron. (Hört, hört! b. d. Soz.) Andere Schulpatrone, in deren Gebieten eine derartige Ueberfüllung der Schulen herrscht, sind Graf Gendel von Donnersmarkt, Fürst Pleß, Graf von Frankenberg, Herzog v. Meß, Prinz Hohenlohe-Jungingen, Mitglied des Herrenhauses. In einer Schule unter dem Patronat des preussischen Bergwerks kommen 366 Schüler auf 2 Lehrer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Schmach und Schande über derartige Zustände! Dazu kommt, daß für den Sommer fast allgemein die Halbtagschulen eingeführt sind, daß die Sommer- und Herbstferien erheblich verlängert werden, nur, damit die Kinder in der Landwirtschaft um so mehr ausgebeutet werden können. Dieselbe Klasse, die in derartig schmählicher Weise die Grundlagen des modernen Kulturstaats vernachlässigt, ist es, die Kiesenwoitheile vom neuen Zolltarif hat. (Sehr richtig! links.) In der Merseburger Gegend, wo eine wohlhabende Bauernschaft sitzt, herrschen ebenfalls die erbärmlichsten Schulverhältnisse. — Soviel steht hombenfest, daß wir die Lehrerschaft um 10 000 Heigern könnten, ohne daß ein Zweifel herauskäme. Daß aber, wie die „Bayerische Lehrerschaft“ konstatiert, die Zahl der jungen Leute, die sich dem Lehrberufe widmen, ständig abnimmt, ist bei der Vernachlässigung gerade dieser wichtigen Beamtenklasse nicht eben wunderbar. Wir fordern in unserem Antrag auch Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Wie der Staat den Mann, den er auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht in die Kasernen ruft, selbstverständlich bekleidet und erhält, so muß er auch bei der allgemeinen Schulpflicht den Schülern die Lehrmittel unsonst stellen. Wenn die Gemeinden den Einkauf der Lehrmittel im Großen übernehmen, so werden sich die Kosten

pro Kind auch wesentlich verringern. Gerade den Agrariern, die der Staatskrippe am Nächsten stehen, ist die Volksbildung vielfach verhasst. Ein Edelher der Nation sagte zu einem Lehrer: „Sorgen Sie nur dafür, daß die Kinder keine Bogenhefter ausnehmen, weiter verlange ich nichts.“ Ein ländlicher Schulpatron äußerte sich seinem Lehrer gegenüber: „Mir ist den Teufel etwas daran gelegen, daß die Kinder etwas lernen, je weniger, desto besser.“ Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben 1892, daß ein Uebermaß von Volksbildung den Angehörigen des Arbeiterstandes Unzufriedenheit einflößt und sie der Sozialdemokratie zufähre. Eine schöne Gesellschaftsordnung, die durch die Bildung der unteren Klassen gefährdet werden kann! (Sehr gut! b. d. Soz.) In den verächtlichsten Kreisen wird also direkt der geistigen Beschränktheit der Massen das Wort geredet. Wie selbst hohe Staatsbeamte über die Volksbildung denken, hat der Trachtener Prozeß gezeigt. Herr v. Dettlingen äußerte zu einem Lehrer: „Vor den Schulräumen hätten die Pferdebeställe den Vorrang.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Also den Kindern werden die Pferde vorgezogen. Dabei hat die Landwirtschaft selbst das größte Interesse an intelligenten Arbeitern, die allein einen technisch und wissenschaftlich fortgeschrittenen Betrieb ermöglichen. Ohne solche Arbeiter können alle Bölle der Welt auf die Dauer den Untergang der Landwirtschaft nicht aufhalten. Wollen Sie (nach rechts) als Kulturfreunde erscheinen, als die Sie sich immer ausgeben, so stimmen Sie unserem Antrage zu. (Lebhafter Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

v. Gjarlinski (Bole): Aus den polnischen Volksschulen ist die Volkssprache der Kinder verbannt. Was näher die prächtigsten Paläste, die beste Besolung der Lehrer! Eine solche Ausrottung der Muttersprache aus der Schule findet man in ganz Europa nicht wieder! Die Volksschulen in den polnischen Landestheilen sind heute nichts mehr als papageinähliche Abstrichanstalten für Kinder!

Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode: Dieser Ausdruck ist unzulässig. Ueberhaupt möchte ich den Redner darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag sich nur auf die materiellen Verhältnisse der Volksschulen bezieht.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Antrag Bebel ist auf Antrag Singer eine namentliche.

Es stimmen mit Ja 9 Abgeordnete, mit Nein 162, 7 Abgeordnete enthalten sich der Stimme; demnach beträgt die Präsenziffer 178, das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Graf Ballestrem beräumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kuhhandel zwischen den Polakern und der Regierung ist bisher noch nicht abgeschlossen, obwohl das Zentrum am Sonntag vier, Montag Vormittag drei Stunden über die Verschärfung berathen hat. Die Verschärfungskommission haben Sonnabends Abend die erste Konferenz mit dem Reichskanzler gehabt. Sie erstatten nunmehr ihren Fraktionen Bericht und werden sich Dienstag Abend wieder beim Reichskanzler einfinden; da könnte eventuell der Gerstenhandel zum Abschluß gelangen. Nach der „Frei. Bl.“ soll nämlich die Regierung gewillt sein, einer Erhöhung des Mindestzoll für Braugerste um 1 Mark, also auf 4 Mk., unter Aufhebung der Bindung für Futtergerste zuzustimmen. Von der Bindung der Viehzölle sei jedoch nicht die Rede. Ein parlamentarischer Berichterstatter schreibt schließlich noch: Die Verschärfung ist noch nicht gewisser, aber im Reich. Das Zentrum hofft, die Konservativen seien, noch wenig verlobt, unter dem Banner der Ultra-Agrarier, Reichspartei und Nationalliberale wanden ab.

Die konservativ-„Verschärfungsaktion.“ Die Anzahl der von 29 konservativ-agrarischen Abgeordneten im Reichstage eingebrachten Anträge auf Verschärfung der Zuckerzölle beträgt, wie der „Vorwärts“ meldet, 213. Davon werden 243 Positionen der Zuckerzölle ohne jede nähere Begründung und Sondernutz rein mechanisch durchweg um je 25 Proz. herabgesetzt. In den Untergeordneten dieser Anträge gehören neben den Herrn. Wangenheim, Köpcke, Kaisersteinmetz die beiden Herren v. Hermann und Graf Limburg-Saurau, die konservativen Mitglieder der Verschärfungsdeputation! Es lebe die Verschärfung!

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, im Reichstage zu beantragen, daß der jüngst eingebrachte Gesetzesentwurf über die Phosphorindustrie waaren bereits in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen soll. Die Reichs- und Reichsminister würden sich wieder einmal gründlich in ihrer Hebeln bißfellen, wenn sie dieses Verlangen nicht zustimmen und mit Rücksicht auf ihre Zollwächter erst nach Erledigung ihres Kuhhandels die Verhandlung zulassen würden. Die Wichtigkeit dieser Verschärfung ergibt sich aus der Vorlage selbst. Die Regierung stellt einen außerordentlichen Termin, bis zu dem das Gesetz verabschiedet werden muß; sie legt in der Begründung, daß der Entwurf bis zum 1. Juli 1903 Gesetzeskraft erlangen muß, wenn sie in der Lage bleiben soll, das neue Verfahren für das Reich erwerben zu können. Auch die Durchführung des Gesetzes selbst muß beschleunigt werden, nicht es doch sein, daß jedes Jahr so und so viel Millionen verloren gehen und zu Grunde gerichtet werden, so lange das alte Verfahren bestehen bleibt. Technische Gründe gegen eine solche Umwandlung nicht im Wege, und die Interessen der Fabrikanten können gegenüber den der gefährdeten Arbeiter gar nicht in Frage kommen, was ja die Regierung durch ihre Ablehnung der Verschärfung selber als richtig zugibt. Deshalb wird aus der sozialdemokratischen Fraktion durch eine Abklärung der Fraktion bis zum Jahresauftreten des Gesetzes geklärt werden müssen und hoffentlich auch erreicht werden.

Im Handelsvertragsversteht es gegen die unter dem Einfluß der Herren Müller und v. Pöhlmann für den Regierungsentwurf bezügliche Minderheit eine feste Gegenstimme im Gange. In den Schritten des Senats in Kopenhagen, München und Frankfurt a. M. sind scharfe Protest-Resolutionen gegen die Abkündigung gefaßt worden. Es heißt außer Zweifel, daß die Freunde des Regierungsentwurfes im europäischen Bereich des Handelsvertragsverstehtes in der Kürze nicht bleiben werden. Die Sitzung des europäischen Ausschusses ist auf den 13. Dezember einberufen.

Die Rebellion im Zentrum. Eine große öffentliche Versammlung von Zentrumswählern in Urbenbach bei Düsseldorf erließ, der „Frankf. Bl.“ zufolge, einen scharfen Protest gegen die Haltung der Partei in der Zollvorlage und forderte den Abg. Kirch auf, er solle weniger die Handvoll Agrarier im Wahlkreis als die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Zwei von der Parteileitung geschickte Redner waren machtlos. Auch die anwesenden Kleinbauern stimmten dem Proteste zu.

Die polnische Reichstagsfraktion hat die angekündigte Interpellation nunmehr eingebracht. Dieselbe erstreckt sich u. A. auf polizeiliche Uebergriffe gegen polnische Redakteure, das Verfahren auf den Standesämtern bezüglich Registrierung der Namen, den über polnische Geschäfte seitens der Militärverwaltung verhängten Boykott usw.

Gegen die Wahl unseres Genossen Ulrich zum hessischen Landtagsabgeordneten haben jetzt die vereinigten Nationalliberalen und Zentrumskräfte einen umfangreichen Protest bei der Zweiten Kammer eingebracht. Die katholischen, evangelischen und jüdischen Protestanten bestreiten die Rechtsgültigkeit der aufgestellten Wählerlisten für die Wahlmännerwahlen. In den Listen wären auch alle diejenigen durch Erwerb der hessischen Staatszugehörigkeit „Hessen“ gewordenen Männer aufgeführt worden, die nicht ausdrücklich ihre frühere Staatszugehörigkeit aufgegeben hätten. Nach der hessischen Verfassung vom 17. Dezember 1820 (!) könne aber nur derjenige „Hesse“ wählen, der in keinem fremden persönlichen Untertanenverhältnisse stehe. Das Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 ändere diese Bestimmung nicht. Die Protestanten werden indessen wenig Glück in der Kammer haben, da nicht nur stets seit 1870 nach dem jetzigen Modus gewählt wurde, sondern auch zahlreiche Abgeordnete im Landtag sitzen, die mehrere Staatszugehörigkeiten besitzen. Uebrigens hat die Kammer insofern schon zu Gunsten Ulrichs entschieden, als sie ihn Dienstag zum Schriftführer wählte.

Der Wahlvorstand der Freisinnigen Volkspartei in Breslau beschloß, den Parteigenossen dringend zu empfehlen, bei den Stadtverordneten-Stichwahlen die Reaktion im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht zu unterstützen. — D. h. also, die Freisinnigen werden aufgefordert, für die Sozialdemokratie, gegen die reaktionären Kandidaten zu stimmen. Es bleibt abzuwarten, ob die freisinnige Wählerschaft der Parole des Wahlvorstandes folgen wird. Vorläufig glauben wir noch nicht recht daran.

Der Wortschlag der „Voreley“. Der in Griechenland festgenommene Matrose Konrad Kohler vom Kriegsschiff „Voreley“, welcher selbständig ist, seinen Vorgesetzten, den Oberfeuerwerksmaaten Wederitzki, ermordet zu haben, ist, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, Seemann von Beruf und am 12. Oktober 1901 als „außerterminlich Gemusterter“ bei der 6. Kompagnie der zweiten Matrosendivision eingetretten. Er ist am 16. Februar 1879 in Unterpfingen (Donaukreis) in Württemberg geboren. Die Voruntersuchung wird vom Gericht des Kommandos des Stationschiffes „Voreley“ geführt. Die Aburtheilung erfolgt nach Eintreffen des Besizers in Wilhelmshaven durch das zuständige Kriegsgericht (Gericht der zweiten Marineinspektion in Wilhelmshaven). — Marine-Kriegsgerichtsrath Zeit ist bereits zur Leitung der Voruntersuchung nach Athen abgereist.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstagswahl in Danzig für den verstorbenen Abgeordneten Heinrich Nidert findet am 13. Januar statt. — Zum Vizepräsidenten des Landtages von Schwarzburg-Rudolstadt wurde unser Genosse Winter gewählt. — Wie verschiedene Blätter übereinstimmend melden, ist der Berliner Polizeipräsident von Windheim zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. M. Ober ernannt worden. — Als bayerischer Justizminister ist Reichsgerichtsrath Mildner in Aussicht genommen. — Oberleutnant zur See Frhr. von Fürstenberg vom Kanonenboot „Itis“ ist im Affizioshospital zu Hankau am Darmtypus gestorben. Er stammt aus Stammheim im Rheinland. — Aus Anlaß der Geburt einer Tochter hat der König von Italien eine Amnestie erlassen. — Die „Times“ berichten aus Brüssel, daß den Burendelegierten Wessels, Fischer und Wolmarans die Erlaubnis zur Rückkehr nach Südafrika bestimmt verweigert worden ist. Man scheint diese drei Männer sehr zu fürchten. — Die Räumung Schanghai begann Sonnabend mit der Zurückziehung der japanischen Truppen.

Schweiz.

Die Volksabstimmung am Sonntag hat die Annahme der Verfassungsrevision, nach der die Eidgenossenschaft den Kantonen für die Förderung der Volksschulen Beihilfen verschaffen soll, mit rund 252 000 Stimmen gegen 76 000 Stimmen der Bürger und mit 21 1/2 gegen 1/2 Kantonsstimmen als Ergebnis gehabt.

Frankreich.

Der Marineminister Pelletan hat der Budgetkommission der Kammer auf deren Verlangen den Bericht des Generals Beyrou über die Ereignisse in China angelesen unter der Bedingung, daß der Bericht von den Mitgliedern der Budgetkommission vertraulich behandelt wird. Bekanntlich hatte Waldeck-Roussin im vorigen Jahre die Rückzahlung des Vertriebes abgelehnt. Die Budgetkommission verweigerte ebenfalls jedoch die Vorlage des Berichtes, bevor sie sich über die Budgetkosten für die Unterstützung der Missionen in China schlüssig machen sollte.

Spanien.

Neue Sturmzeichen gab es am Sonnabend in der Kammer. Die Deputierten Ruizvello, Romero Robledo und andere beantragten die Eröffnung einer Kommission zur Prüfung einer Unregelmäßigkeit beim Verkauf von staatlichen Waldungen. Ein karlistischer Deputierter verlangte, daß der verantwortliche Minister den Vorwürfen angehöret werden soll. Romero zog dann seinen Antrag zurück, doch beantragte der Vizepräsident, daß die Liberalen für den gegenwärtigen drohenden Aufstand, jedoch der Präsident schließend die Sitzung aufheben mußte.

Amerika.

Friede auf der Landenge. Ein Telegramm aus Panama meldet: Der Friedensvertrag zwischen der venezolanischen Regierung und den Aufständischen bestimmt, daß

Herrera die ganze Flotte der Aufständischen an die Regierung ausliefern, alle Vorräte an Kriegsmaterial in den Provinzen Cauca und Panama sowie alle Waffen und Munition übergeben soll, die bei Aguadulce erbeutet worden waren. Die Regierung läßt die Aufständischen auf ihre Kosten nach Hause befördern. — Nach einem weiteren Telegramm aus Caracas ergab sich noch General Lorenzo Cuavara bei Rio Chico mit 600 Mann.

Argentinien.

Ein großer Streit ist in Buenos Aires ausgebrochen. Die französisch-österreichische „Agence Havas“ berichtet darüber: Nachdem schon seit mehreren Tagen Arbeitsstellen stattgefunden hatten, in deren Folge es zu Zusammenstößen zwischen Ausländern und Schülern gekommen war, ist nunmehr der Generalausstand proklamiert worden. Der Exporthandel ruht infolgedessen vollkommen. Kammer und Senat haben nichts anderes gemocht, um diesem Ausstand zu begegnen, als sofort einen Gesetzesentwurf anzunehmen, durch den die Regierung ermächtigt wird, alle Ausländer, deren Verhalten die nationale Sicherheit gefährden oder Unruhen hervorrufen könnte, auszuweisen. Insbesondere befinden sich aber unter den Eingeborenen Leute genug, welche, trotz der Ausweisung der Ausländer, im Stande sind, den Ausstand zu einem sicheren Ende zu führen.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 24. November 1902.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

J. St. Senator Dr. Flug: Gegenüber den verschiedenen Bemerkungen der Herren Vorredner möchte ich darauf hinweisen, daß im Senat eine prinzipielle Abneigung gegen persönliche Zulagen nicht besteht. Früher sind seitens des Senates wiederholt derartige Anträge gestellt worden. Im Senat ist die Meinung verbreitet, daß man mit den persönlichen Zulagen der Billigkeit entspreche. Deshalb trägt der Senat keine Bedenken, durch Zustimmung zur Gewährung einer persönlichen Zulage die Sache sofort zu erledigen.

Bödeker: Ich kann mich mit dem Antrage des Herrn Dr. Ziehl einverstanden erklären. Für ebenso berechtigt aber halte ich auch den Antrag auf Regulierung des Gehaltes für den Schulrath. Ich gestatte mir, zur Begründung desselben zu bemerken, daß... (Stimme des Wortführers.)

Wortführer Dr. Brechmer: Ich kann es nicht zugeben, daß sie jetzt einen Antrag begründen wollen, aber den wir noch gar nicht zu berathen haben.

Bödeker (fortfahrend): Es war auch gar nicht meine Absicht, den Antrag zu begründen, ich wollte nur auf denselben hinweisen.

Hempel: Als vor Jahren der Direktor der Baugewerkschule nach hier kam, bezog er ein Gehalt von 6300 Mk., steigend bis zu 7500 Mk. Der Herr war damals sehr damit zufrieden. Dann kam die allgemeine Revision der Beamtengehälter; jener Herr erhielt 500 Mk. mehr. Mit Abzicht daß damals der Bürgerausschuß bei Berathung dieser Punkte beide Posten zusammengeworfen. Jetzt will man das Gehalt erhöhen, nachdem nur wenige Monate mit der Regulierung ins Land gegangen sind. Bekanntlich brachte der Senat schon im Juli einen Antrag auf Erhöhung ein; die Bürgerschaft lehnte denselben ab, wenn ich nicht irre, einstimmig ab. Nun kehrt der Antrag wieder. Es ist sehr auffällig, daß alle Behörden den Mann halten wollen, ohne stichhaltige Gründe hierfür anzugeben. Wenn die Oberschulbehörde einen Direktor antestellt, dann hat sie auch darauf zu achten, daß er seine Pflicht thut. Wenn er sie dann selbstverständlich Weise erfüllt, dann braucht man das nicht als etwas besonderes Lobenswerthes hervorzuheben. Der Beamte mußte seine Pflicht treu erfüllen, sonst wäre er nicht brauchbar gewesen. Auf den Schulern des Schulraths ruht eine große Arbeitslast; ich will aber nicht näher hierauf eingehen. Ohne Namen zu nennen, will ich nur noch darauf hinweisen, daß sich neben der 2. Knaben-Mittelschule auch die Präparanden-Anstalt befindet und daß Letztere mit der Mittelschule zusammen geleitet wird. Wenn sie heute dem Direktor die Zulage bewilligen, glauben Sie denn, daß es damit zu Ende ist? Nein, meine Herren! Der Direktor würde schließlich dasselbe fordern, wie die Landdirektoren. Es ist meiner Meinung nach durch die heutige Vorlage bewiesen worden, daß die ganze Sache nicht eingehend genug geprüft worden ist. Wir sind es somit den sämtlichen Beamten schuldig, daß wir ihre Gehaltsverhältnisse wieder genau durchprüfen. (Oh!-Rufe.) Wenn der Direktor uns die Pistole vor die Brust setzen will, dann sage ich: Adieu, lieber Freund, gehe nur! Es geht Hunderte von Bewerbern, die dem Posten vorstehen können. Wir müssen uns vor den persönlichen Zulagen hüten. Ich bitte Sie deshalb, lehnen Sie den Senatsantrag ab.

Senator Dr. Kulenkamp: Die Gründe der Gegner sind bereits in ausgezeichnete und hinreichender Weise widerlegt worden. Es haben hier persönliche Momente mit in die Debatte hineingespielt. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß hier nur das sachliche Interesse in Betracht kommt. Der Redner gibt nun eine ausführliche Schilderung der Entstehung des Senatsantrages, die zum Schluß darin gipfelt, daß der Direktor ein von allen Seiten hochgeschätzter Beamter sei, der nach kurzer Zeit wieder in Preußen eine lohnendere Anstellung finden könnte. Sollten Sie wirklich die Anträge ablehnen, dann erkläre ich Ihnen, daß diese immer wiederkehren werden. Nehmen Sie also entweder den Senatsantrag oder den Antrag des Herrn Dr. Ziehl an.

Jenne: Ich bin den Ausführungen des Herrn Senators mit großem Interesse gefolgt, kann mich denselben aber nicht anschließen. Die Gefahr, daß unser Beamten nach Preußen gehen, kehrt trotz Erhöhung der Gehälter immer wieder. Im Bürgerausschuß ist seiner Zeit bei Berathung der Gats die Sache eingehend behandelt worden; dieser, sowie die Bürgerschaft hatten aber gar keine Ahnung davon, daß seitens des Direktors Eingaben an den Senat gerichtet worden waren. Erst in der Herr zufrieden, nach acht Wochen aber merkt er plötzlich seine Unzufriedenheit. Ich sehe gern, daß der Herr hier bleibt, kann aber dennoch nicht für den Senatsantrag stimmen. Für mich bedeutet die Annahme des Senatsantrages eine Durchlöcherung des Besoldungssatzes. (Oh!) Daß schon nach einem Vierteljahr solche Forderungen kamen, hat auch wohl Keiner erwartet. Es ist wohl richtig, daß wir von jetzt ab den Besoldungs-Gat des Jahr neu regulieren, dann müßte man allerdings die Bürgerausschmittgliedern Diäten gewähren, (Unruhe.) das mit sie dann Jahr und Tag daran berathen können. Es scheint mit zum Zug der Zeit zu gehören, daß man immer die Lichtigkeit der Beamten besonders hervorhebt. Ich habe auch keinen Grund, daran zu zweifeln. Wenn Sie

keine Durchlöcherung des Stats wollen, dann lehnen Sie den Senatsantrag ab; sonst werden alle Beamten hier mit Recht mit Forderungen an uns herantreten. Uebri- gens hat der Senat ja auch schon einen Rückzug ange- treten. Es geht nicht an, daß, wenn ein Beamter gute Freunde in der Bürgerschaft hat oder die Werbetrommel recht kräftig rührt, seine Forderungen dann bewilligt werden.

Von Hahn ist ein Antrag eingegangen, die persön- liche Zulage auf 1200 Mk. zu bemessen.

Senator Dr. Kulenkamp bleibt leider unver- ständlich.

Stiller (schwer verständlich) scheint für den Antrag Dr. Ziel zu plaudern. Er meint, daß man hier mal ein Auge zudrücken müsse.

Trotzdem eine ganze Reihe von Rednern sich noch zum Wort gemeldet hat, wird ein Schlußantrag ange- nommen.

In der Abstimmung wird nach einer kurzen Geschäfts- ordnungsdebatte der Antrag Dr. Ziel mit großer Mehrheit angenommen. Bodeker hat seinen An- trag zurückgezogen.

Sodann wird der Senatsantrag auf Gewährung einer Altersunterstützung an den Maschinisten am all- gemeinen Krankenhaus Hugo Thiele mit einer genüg- sätzigen, von Dr. Hoffstätter vorgeschlagenen Ver- änderung angenommen.

Nach einer ziemlich belanglosen Debatte wird ferner die Senatsvorlage auf Pflasterung der Bürger- thor-Allée mit sogenanntem Kleinpflaster (Stäben- betrag 22000 Mk.) angenommen, desgleichen der Antrag auf Erweiterung des Bauamtsgebäudes. Bei letzterem Punkt spricht

Bape den Wunsch aus, die Lehrer an der Baugewerks- schule mit in die Deputation hineinzunehmen, da diese doch bedeutend unabhängiger seien.

Nach Annahme der von einer Kommission gemachten Vorschläge betr. die Verwendungs der vom Staate er- worbenen vormals Knidrehm'schen Erbpachtstiele zu Mis- selde erfolgte Schluß der Versammlung um 1 Uhr 20 Min.

Der letzte Tagesordnungspunkt: Erlaß einer Bauordnung, wurde abgelehnt. Zur Beratung dir- selben findet eine Versammlung der Bürgerschaft am 8. Dezember statt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 25. November.

Am hingefallen ist wieder einmal die bürger- liche Presse mit einem Fund, den sie zu ihrer ge- ringen Freude gemacht zu haben glaubte. Hiervon sollte nämlich Genosse Bernstein in einer Versammlung Berliner Schuhmacher eine Aeußerung gethan haben, die dahin geht, daß die Organisation der Arbeiter schalf nicht überflüssig sei, weil noch auf Generationen aus, ja bis in die weite Ferne, die von der Sozialdemokratie erstrebte Gesellschaftsordnung nicht Platz greifen werde. Indes, es ist Eßig mit diesem Fund. Wie Genossenschaft dem „Vorwärts“ mittheilt, ist es ihm nicht eingelen, eine solche Behauptung aufzustellen. Was er gela hat, ist vielmehr, daß seines Erachtens noch auf Generationen hinaus, ja, bis weit in die von der Sozialdemokratie erstrebte Gesellschaftsordnung in ein, Berufsorganisationen der Arbeiter notwendig werden.“ Was sagt die bürgerliche Presse, und insbesondere das „Amtsblatt“, zu diesem neuesten Reinsfall?

„Mit der Verlegung der „Börse“ nach der W- halbinsel beschäftigte sich eine am Sonnabend und im „Vereinshaus“ abgehaltene gemeinschaftliche Mitglie- verversammlung der Hafenarbeiter Lübecks. Diese- selbe Versammlung berichtete zunächst über die Verhöl- dungen, welche zwecks Anweisung eines Aufenthaltses für die Hafenarbeiter mit der Handelskammer und im Polizeiamt geführt worden sind. Veranlassung zu den Verhandlungen gab das Fortweifen der Haf- enarbeiter von ihrer bisherigen Börse nach dem kleinen Altenjahre seitens der Polizei- organe; der fernere Aufenthalt an jener Stelle war ihnen ferner verboten. Es wurde darauf seitens der- selben Versammlung zunächst schriftlich und dann münd- lich bei der Handelskammer und dem Polizeiamt Beschwerde hierüber erhoben. Die Folge war, daß den arbeitenden Hafenarbeitern vom verfloffenen Donnerstag ab d- iese südlich der Drehbrücke als Aufenthaltsort angewiesen wurde. Die Kommission hat aber gleichzei- tig die Gesuchen an die zuständigen Organe gerichtet, d- iese Hafenarbeitern an jener Stelle einen Schuppen erricht- zu lassen, damit sie doch einigermaßen vor den Unbilden der Witterung geschützt sind. Auf dieses Gesuch ist ohne Antwort eingetroffen, aus welchem Grunde seitens der Kommission am 20. November abermals eine Eingabe an die Handelskammer gerichtet worden ist. Hier heißt es nun abwarten! — In der äußerst lebhaften Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Kornwäger und Trä- ger schon seit längerer Zeit solche geschützten Unterkunfts- räume haben. Diesen habe man es gewährt, die Haf- enarbeiter aber habe man bereits seit Jahren trotz mehrerer Gesuche völlig ignoriert. Zum Schluß wurde noch an die Anwesenden die Mahnung gerichtet, sich nunmehr auch nach der neuen Börse zu begeben, um jegliches Einschreiten der Polizeiorgane zu vermeiden. Die von der Beschwerdekommission unternommenen Schritte wurden gutgeheißen. Beim nächsten Tagesordnungs- punkt: „Innere Verbandsangelegenheiten“ wurden lebhafteste Klagen geführt über die stetig zunehmenden Unfälle. Scharf gerügt wurde es ferner, daß Arbeiter, welche Un- fälle erlitten und hiervon Meldung machten, von manchen Arbeitgebern indirekt gemahregelt wurden resp. bei der Arbeit nicht gerne gesehen wurden. Diese Angelegenheiten wurden der Beschwerdekommission zur weiteren Verfol- gung überwiesen.

Vor dem Schwurgericht hatten sich gestern die Ar- beiter Gutow und Lange wegen Straßendiebstahls zu verantworten. Die beiden Angeklagten haben am 8. Juni auf dem Wege nach Wesloe dem Maler Wolge aus Wesloe sein Portemonnaie in dem Augenblick ent- rissen, als er ihnen einige Groschen verabsolgen wollte. In dem Portemonnaie befanden sich über 50 Mark. Die Angeklagten behaupteten im Termin, daß sie das meiste Geld unterwegs wieder verloren hätten. Trotzdem fand die Tochter von Lange's Logiswirthin ein paar Tage nach dem Raub 15 Mark in Papier eingewickelt im Bett desselben. Lange gab dieses zu, er will aber immer sein Geld dort verstecken, damit es ihm nicht gestohlen werden könnte. Nach seiner Behauptung hat er auch noch 60 Mark im Walde hinter dem Kirchhof vergraben. Die Geschworenen bejahten bei Gutow die auf Raub lautende Schuldfra- ge und bei Lange die Frage auf Diebstahl hierzu. Letzterer erhielt darauf 5 Monate Gefängnis, während Gutow einschließlich einer früher gegen ihn erkannten 3jährigen Gefängnisstrafe 2 Jahr 7 Monate und drei Jahre Ehrverlust erhält. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.

Wegen Sittverbrechens erhielt der hiesige Arbeiter Behr von der Strafkammer 11 acht Monate Gefängnis. Er hatte ein unschuldiges Kind in sittlicher Beziehung ver- letzt.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Mittwoch Nachmittag findet eine Schüler-Vorstellung statt, und zwar gelangt Wilhelm Tell zur Aufführung. Die Karten zu dieser Vorstellung stellen sich auf 75 und 30 Fig. — Abends geht „Alt-Heidelberg“ abermals in Scene; das Stück hat trotz der bisherigen fünf Auf- führungen noch nichts von seiner Zugkraft eingebüßt. — Am Freitag wird die königl. bayerische Sopranistin Frau Charlotte Schloch als Carmen gastiren.

pb. Festgenommener Fahnenflüchtiger. Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose der kaiserlichen Marine, der sich am 13. v. Mts. von seinem Truppenheile heim- lich entfernte und sich unter falschem Namen hier aufhielt. Er wurde der hiesigen Militärbehörde übergeben.

Im Circus Variete wird am Freitag, Sonnabend und Sonntag Fritz Friedmann, ehemals Berlins be- rühmtester Verteidiger, auftreten. Fritz Friedmann, das „geheute Edelwild“, hat sich bekanntlich dem Brett ge- widmet, nachdem er infolge der noch sicherlich bekann- ten Vorgänge dem Rechtsanwaltsstande Balet sagen mußte. Trotz dieses mit großen Kosten verbundenen Gastspieles findet eine Erhöhung der Preise nicht statt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Eine vom Gewerkschaftskartell in Rostock ein- berufene Volksversammlung hat eine Resolution ange- nommen, nach welcher der Kampf der Maurer als ein Abwehrkampf bezeichnet und ihnen die volle Sympathie ausgesprochen wird. Gleichzeitig verpflichteten sich die Versammelten, durch positive Unterstützung der Maurer den Beweis für ihre Sympathie zu erbringen. — Ueber die Gartmann'sche Schokoladenfabrik in Altona ist vom Verbands der Fabrik-, Land-, Hülfs- arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Altona, die Sperre verhängt worden. Herr Gartmann hat seine Arbeiter und Arbeiterinnen durch Unter- schrift, bei Strafe sofortiger Entlassung, verpflichtet, nicht dem Verbands der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen beizutreten. Herr Gartmann hat seiner Drohung gleich Nachdruck verschafft, indem er zwei Arbeiterinnen entlassen hat. Auch die Unterhandlungen seitens der Lohn- kommission haben zu keinem Resultate geführt. — In Wandsbek gelang es mit Hilfe unserer Genossen bei einer Stadtrathswahl dem Magistratsflügel eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Der Kandidat desselben unterlag nämlich mit 345 Stimmen dem Gegner, der 439 Stimmen erhielt. — Bei der Stadtverordneten- wahl in Fehoe erhielten unsere Genossen 131 bezw. 128 Stimmen, während es die Gegner auf 169 bezw. 167 Stimmen brachten. Mit Rücksicht auf das ungerechte Wahlsystem ist dieses Resultat ein höchst erfreuliches.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Sicherheits- polizei in Paris verhaftete auf Ersuchen der Ham- burger Polizei den 27-jährigen Karl Kimmerring, der in einem Hotel unter dem Namen Alfons Ritter aus Bern wohnte. Kimmerring war Angestellter eines großen Han- delshauses in Hamburg, bei dem er 5000 Mk. stahl. — Eine vom „Hamburgischen Zweigverein der interna- tionalen Föderation“ zum Dienstag einberufene öffent- liche Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Ham- burgerische Vereinsgesetz und die Frauen“, Referentin Lida Gustava Heymann, nebst Diskussion, ist von der Polizei- behörde auf Grund des Vereinsgesetzes verboten worden. Rechnet denn die Hamburger Polizei die bürgerlichen Frauen auch schon zu den Umstürzern? — Aus Lübe- ck wird gemeldet: Das strohgedeckte Wohn- und Wirth- schaftsgelände des Land- und Gastwirths Schmüser in Bodendorf ist Sonntag Abend total niedergebrannt. Drei Pferde, neun Kühe und ca. 30 Schweine sowie sämmtliches Federvieh kamen in den Flammen um. — Aus der Stadt- vertretung in Stellingen-Vangensfelde sind fünf Vertreter ausgeschieden, darunter unser Parteigenosse Meier, um gegen die von der Majorität beliebte Klügelwirth- schaft Protest einzulegen. Eine öffentliche Gemeindevor- sammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, nahm eine Resolution, die zu diesem Vorgehen ihre vollste Zustimmung aussprach, nahezu einstimmig an. — Montag früh stieß in der Nähe des Friedrich-Franz-Bahnhofes in Rostock eine Maschine mit einem Nebenzuge zusammen. Ein Heizer wurde schwer und ein anderer leicht verletzt. — In der Nacht zum Montag kam in der Maschinenstraße in Stavenhagen ein Großfeuer zum Ausbruch, das bis jetzt fünf zweistöckige Wohnhäuser mit allen Neben- und Hintergebäuden und Stallungen eingeschert hat. Das Feuer nimmt an Ausdehnung noch immer zu. Schon werden die nächstfolgenden Häuser geräumt. Menschen sind bisher nicht zu Schaden gekommen. — Am Sonnabend brach die 11-jährige Tochter des Pastors Koch in Hohen-Spreng auf dem Tische ein und konnte nur durch die Hilfe der Eltern geborgen werden. — Auf dem dänischen Dampfer „Lilje“, der augenblicklich im Bremer Hafen liegt, er- rüchte der Koch durch Einathmen von Kohlenbunk in seiner Neben- und Hinterkammer, in der die beiden Kessel, feinerlei Heizvorrichtung. Bei der strengen Kälte tten die Leute, der erste und der zweite Koch des Schiffes, einen Eimer voll glühender Kohlen in die Kammer ge- nommen um dieselbe etwas zu erwärmen. Dieser Umstand ihnen zum Verhängnis geworden. — So sorgen die Verkapitalisten für ihre Arbeiter!

Schwerin. Der Landtag beschloß, den Brückenbau- bezirk und Duxow mit 6000 Mark abzulösen. Die- selbe lehnten den Bau einer Bahn von Marlow nach Schwab, bewilligten aber die Gelder zur Anschaffung der Automobile für Personen- und Güter- verkehr für die genannte Strecke. O glücklich Mecklen- burg!

Merseburg. Die Rechnung ohne das „be- reite“ mecklenburgische Sonntagsge- heim am letzten Sonntag der Einberufung einer öffent- lichen Bauhandwerker-Versammlung; in der- selben Tagung Lübeck referiren sollte, gemacht. Die Ver- sammlung war nämlich auf 4 Uhr nachmittags angesetzt, löste sich aber auf Grund des erwähnten Gesetzes erst um 6 Uhr auf. Die Mittheilung hierüber wurde dem Ein- berufenen kurz vor Beginn der Versammlung, etwa geg- 1 Uhr, gemacht. Sofort begab sich derselbe in Gestalt mit dem Referenten nach dem Stadt- wachenposten, um mit demselben die Sache zu klären. Es half aber Alles nichts: Die um 4 Uhr beginnende Versammlung mußte volle zwei Stunden auf den Beginn der Versammlung warten. Anges dieses unliebsamen Vorfalles ist wohl die Frage vorzulegen: Wann wird endlich durch Schaffung ei- ner öffentlichen, auch für das Land mit dem Döb- litz maßgebenden Reichsvereinsgesetzes mit der Unterdrückung der Arbeiter bestimmten Sonntagsgesetz aufgeräumt werden?

Bremen. Die Bürgerschaftswahlen haben am gestrigen Montag ihren Anfang genommen und für die Sozialdemokratie ein überaus günstiges Resultat erbracht. Im 1. Bezirk erhielt unser Genosse der Liberale mit 302 über 112 sozialdemokratische Stim- men; im 3. Bezirk ist das Stimmenverhältniß folgendes: 208 gegen 231 (SD) 231 Stimmen, Weller (Lib.) 153 Stimmen, Rippe (Lib.) 166 Stimmen. Es hat hier also eine aussichtsreiche Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem Liberalen Rippe stattgefunden. Die Wahl im 10. Bezirk brachte den Liberalen mit 393 gegen 125 sozialdemokratische Stimmen den Sieg. Erfreulich ist das Resultat im 11. Bezirk; hier erhielt unser Genosse 223 und der Liberale 149 Stimmen. Unglücklich waren 16 Bezirke. Da aber in diesem Bezirke die Auszählung der Stimmzettel nicht in der regelrecht vorgeschriebenen ord- nungsgemäßen Form vor sich gegangen ist, so dürfte bei der erheblichen Zahl der ungiltigen Stimmen hier mög- licherweise die letzte Entscheidung noch nicht gefallen sein. Der durchschnittliche Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in denjenigen Bezirken, wo unsere Genossen schon 1899 kandidirten, beträgt ca. 50 Prozent. Der Erfolg des ersten Wahltages ist also für uns sehr zufrieden- stellend, mögen die nächsten Wahltage uns weitere Erfolge bringen. — Mit Rücksicht auf den Ausfall dieser Wahl dürfte es weitere Kreise interessieren, das Wahlrecht kennen zu lernen, nach dem die 150 Vertreter in die gesetzgebende und verwaltende Körperschaft der alten Hansestadt ge- wählt werden. 1848 wurde auch in diesem kleinen Staate das allgemeine Wahlrecht errungen. Durch einen Staats- streich aber eskamoirten die Herrschenden im Reaktions- jahre 1854 dieses Wahlrecht wieder und legten an seine Stelle ein Klassenwahlrecht. In erster Linie versorgten sich die Kaufleute, was in einer Handelsstadt nur natür- lich war. Dieser Klasse, der zweiten, wurden allein ein Drittel sämmtlicher Vertreter zugestanden. Ferner wurden die erste Klasse (Gelehrte), die dritte (Gewerbetreibende) und die siebente (Großlandwirth) privilegiert, während die Vertreter für die vierte, fünfte, sechste und achte Klasse aus allgemeinen Wahlen hervorgingen und keinem bestimmten Berufe angehören durften. Dieses Klassenwahlrecht wurde dann durch die Liberalen bis in die jüngste Zeit in der Weise „verbessert“, daß die Bürger von „Reiz und Bildung“ in Bremen ein Umal größeres Wahlrecht haben als die Wähler der nichtprivilegirten Klassen. Es wählten 1899 in der

1. Klasse (Gelehrte)	23 Wähler einen Vertreter.
2. „ (Kaufleute)	21 „ „
3. „ (Gewerbetreibende)	12 „ „
4. „ (Großlandwirth)	73 „ „
5. „ } allgemeine Wahlen	297 „ „
	338 „ „

Es kommt noch eines hinzu: Wählen kann nur der Bre- mer Bürger, und um ein solches werden zu können, muß man eine Gebühr von 16,50 Mk. entrichten und durch eines Eid bekräftigen, daß man dem Staate „treu und hold“ sein und die Gesetze innehalten will. So sieht es dem Wahlrecht in einer deutschen „Republik“ aus!

Lübenburg. Aus dem Landtage. Der Landtag hielt Freitag seine 4. Plenarsitzung ab. Aus den Verhand- lungen ist nur bemerkenswerth, daß der Landtag die Ver- tretung der Arbeiterklasse im Eisenbahnrath einstimmig annahm. Die Regierung erklärte sich im Prinzip damit gleichfalls einverstanden und schlug vor, nicht den Gesellen- ausschuß als Wahlkörper für die drei Arbeitervertreter im Eisenbahnausschuß zu bestimmen, sondern die Arbeiter- vertreter im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, was der Landtag akzeptierte. Es ist das ein sozialpolitischer Erfolg der Sozialdemokratie, der die Regierung etwas ängstlich zu machen schien ab des gemachten Zugeständ- nisses. Denn der Minister erklärte, daß sich die Regierung für die zweite Lesung des Gesetzes noch Abänderungs- anträge zu stellen vorbehalte.

Lübenburg. Mehr Sparsamkeit im Reichel Der Finanzausschuß des Landtages unterbreitet dem Plenum eine Resolution, in welcher die großherzogliche Staatsregierung ersucht wird, durch ihren Vertreter beim Bundesrath oder auf eine sonst angemessene Art, möglichst gemeinsam mit den anderen Bundesregierungen auf die Reichsregierung in dem Sinne zu wirken, daß das Reich durch größere Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben eine Verminderung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten herbei- führe.

Lübecker Stadttheater.

Als Laanhäuser stellte sich am Montag der weit- bekannte erste Tenorist des Hamburger Stadttheaters, Herr Willy Birkenkoven, dem hiesigen Publikum vor. Man ist gewohnt, von dem bedeutenden Künstler, der vor Jahren hier in hoher Vollendung den Stolz in den Meistersingern“ sang, etwas ganz Außergewöhnliches zu hören. In den letzten beiden Aufzügen wurde diese Erwartung auch erfüllt; im ersten Akt jedoch mußte man zu der An- sicht kommen, daß eine starke Indisposition auf Herrn Birkenkoven ungünstig einwirkte. Die Töne klangen unruhig und flackernd; man vermühte den bestehenden Wohl- laut der Stimme, der den Künstler zum Liebling der Ham- burger gemacht hat. Im zweiten Akt gab sich das Organ schon freier, namentlich die Mittellage klang voll und schön; im dritten Akte erhob sich mit der Wiedergabe der Pilgerfahrt- Erzählung die Leistung des Gesanges zu höchster Höhe. Das ausdrucksvolle Mimenspiel des Sängers, die plastischen Bewegungen desselben hoben in darstellerischer Beziehung seinen Laanhäuser weit über das Konventionelle. Die Unterthaltung, die ihm durch die hiesigen Künstler, nament- lich Herrn Frank (Wolfram) und Frä. Kurt (Elisabeth), zu Theil wurde, war geradezu hervorragend. Blumen und Beifall spendete das zahlreich erschienene Publikum reichlich.

Letzte Nachrichten.

Bromberg. Drei Kinder erstickt. Wie die Ost- deutsche Rundschau“ meldet, sind in dem Vorort Klein- Bartensee drei Kinder eines Arbeiters im Alter von 2½ bis 6 Jahren, die allein in verschlossener Stube zurückgelassen waren, bei einem Stubenbrande, welcher wahrscheinlich durch die Explosion einer Lampe verursacht worden ist, erstickt.

Berlin. Raubmordversuch. Ein Klempner- gefelle, Karl Moser aus Löwenberg in Schlesien, verübte Sonntag in dem Laden des Bankgeschäftes Schwerdtfeger u. Co. einen Raubmordversuch, nachdem er schon am Sonn- abend Abend in dem in der Friedrichstraße gerade gegen- über dem Bahnhof gelegenen Laden erschienen war und Münzen gekauft hatte, offenbar um sich zu orientiren. Sonntag Morgen, kurz nach 8 Uhr, kam er wieder, ver- langte einige Münzen aus dem Schaufenster und verwechselte dem Verkäufer Otto Solzwedel, als dieser die Münzen

aus der Auslage herausnehmen wollte, von hinten mehrere Dolchstiche. Da ihm aber der Dolch aus der Hand fiel, gab er sein Ziel verloren und floh. Salzwedel folgte ihm, brach aber auf der Straße zusammen. Passanten und Schutzmänner verfolgten den Flüchtling und fachten ihn, als er in die Spree gesprungen war. Der Verhaftete wurde zunächst in die Charities gebracht.

Bauhen. Ein verhängnisvoller Scherz. Ein entsetzlich jähes Ende fand ein fröhliches Herrenessen bei dem Augenarzt Dr. Neumann. Dieser zeigte Gästen aus seiner Waffensammlung ein besonders schönes Stilett. Nachdem er dasselbe wieder in die Scheide gesteckt hatte, ließ er damit scherzweise nach seinem neben ihm stehenden Freunde, dem Assistenzarzt Dr. John vom städtischen Krankenhaus. Dr. John schrie juchend auf und laut blutüberströmt zur Erde. Die Scheide des Stilett, war nämlich beim Ausholen herabgefallen und die blanke Klinge in den Leib gedrungen. Der erst 27 Jahre alte beliebte Arzt erlag seiner Verletzung.

Dresden. Große Schwindeleien wurden bei der hiesigen Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft festgestellt. Der Aufsichtsrath ermittelte bei der Revision, daß der Direktor Richter Elbfähne auf seinen Namen hatterte und dieselben dann zu höheren Preisen

an die Gesellschaft weiter vermietete. Der Zwischengewinn floh in seine Tasche. Bisher wurde eine Schädigung der Gesellschaft um 35 000 Mark festgestellt. Richter wurde sofort seines Amtes enthoben.

Damm i. W. Ueberfahren. Durch einen Bahnzug wurde auf der Station Rheynern ein Fuhrwerk überfahren. Der Kutscher wurde getötet.

Leipzig. Siebzehn Petroleumschächte wurden in der Nacht zum Montag im benachbarten Worschan ein Haub der Flammen, auch sind 7 Häuser niedergebrannt. Bei dem Großfeuer wurde eine Person getötet und eine verwundet.

Rom. Ein Herzog verhungert! Infolge allgemeiner Nothlage hat sich der 19jährige Herzog Storza erschossen. — In der englischen Botschaft erfolgte Montag eine Gasexplosion. Drei Arbeiter wurden leicht verletzt. Der Feuerwehrgelände es bald, des Brandes Herr zu werden.

Barcelona. Die hiesige Polizei hat eine Schwindel-„Generalagentur“ der bekannten spanischen Schatzgräber auf, die überall in Europa Dumme suchte und vielfach fand. Unter den drei Verhafteten befindet sich auch ein Deutscher.

Buenos Aires. Ein Orkan suchte die Stadt San

Urbaño in der Provinz Santa Fé heim. 5 Personen wurden getötet und 15 schwer verletzt; außerdem sind etwa 100 Häuser zerstört worden. Der Telegraphen- und Eisenbahnverkehr wurde unterbrochen.

Briefkasten.

W. Wichtig ist nur 2,45 Mk. oder aber 2 Mk. 45 Pfg.

Drittung.

Für den Preßfond gingen ein: 2 Mark. Von W. Fr. Meyer u. Co.

Lübeker Marktpreise vom 22. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Käse Stk. 3,30 Mk., Enten Stk. 2,80 Mk., Hühner Stk. 1,70 Mk., Stuten Stk. 1,50 Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 65-70 Pf., Fildgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1.-Mk., Karaschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Ein freundl. heizb. Zimmer
nach vorne zu vermieten
Mierstraße 7 b, I

Zu sofort oder Januar **Partierwohnung**
Wiedestraße zu vermieten Näheres
Friedenstraße 72, II.

Gesucht eine Frau des Tags über bei Kindern. Zu sprechen Abends 7 Uhr
Waisenmauer 200.

Tüchtige Schnitzwandereffellen
August Löffler,
Lücherdamm 4.

Suche zu sofort **Boll- und Halbfuchte**, die mit Herden Bescheid wissen und Kuhfütterer. Die melken können, 1 Junge beim Milchwagen.
Carl Bollow, Stellenverm. Johannisstr 63, I

Eine Frau wünscht Beschäftigung in Nähen und Wäscheausbessern, sehr billig
Engelsgrube 46, II

Guter, Dauerbrandofen mit Rohr
billig zu verkaufen
Wiedestraße 54, part.

Zu verkaufen junge Hühner
Wiedestraße 42, II.

Zu verk. eine große Marktlaterne
70 Ctm. hoch, 30 Ctm. breit, alle 4 Seiten Glas
Hitzstraße 37, I, im Hängel

Hüte u. schwarze Hauben
werden garnirt
Gr. Gießgrube 30.

Eine Schneiderin empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen- und Kindergarderoben im Hause. Näheres
Weicherstraße 20.

Mache hiermit bekannt, daß der Brotmann Lange seit dem 19. d. M. kein Brot mehr für mich verkauft.
Den Verkauf meiner Backwaren habe ich der Frau Behrens-Nabersbuch übertragen.

Hermann Callies
Bäckeri und Konditor, Marienthal.

Enthaarungs-Pomade
entfernt binnen 10 Minuten jeden lästigen Haarschwamm des Gesichtes und der Arme gefahr- und schmerzlos.
à Glas 1,50 Mk.

Ferd. Kayser, Breitstr. 81.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Lübeker gemeinnütziger Bauverein
e. G. m. b. H.

Am **Mittwoch den 26. d. Mts.**
wird das im Hause Ludwigstraße 75, Ecke der Stienenstraße, befindliche

Volks-Brausebad

Die Benutzung desselben ist Jedermann gestattet.
Das Brausebad ist geöffnet:
a) an den Werktagen von 5 Uhr Nachm. bis 9 Uhr Abends.
b) Sonntags " 5 " " " 10 " "
c) an Sonn- und Festtagen
im Sommer von 6 Uhr Morg. bis 9 Uhr Vorm.
im Winter " 7 " " " 9 " "
Dienstags und Freitags dürfen nur Frauen,
an den übrigen Tagen nur Männer das Bad benutzen.
Der Preis eines Brausebades ohne Wäsche und Seife beträgt 10 Pfg.
Der Preis für die Darreichung eines Handtuches beträgt 5 " "
einer Badchaube 5 " "
eines Badelakens 10 " "
Seife ist in Stücken von 5 und 10 Pfg. erhältlich.
Zu recht fleißiger Benutzung des Bades ladet ein
Der Vorstand.

Dr. Fritz Friedmann kommt!

Der **Neue Welt-Kalender**

für **das Jahr 1903**

ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.

Von dem Inhalt heben wir besonders hervor:
Kalendarium. Postwesen. Messen und Märkte. Bruno Schoenlank (mit Portrait). Russische Revolutionen von A. Demmer. Prüfung von Schiffsmodellen (mit Illustrationen). Ferner einige sehr gute Erzählungen, Gedichte und vieles andere.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Colporteurs.

H. Schreiber
Zahntechniker,
Wahnstraße 8, 1. Etage.

Freiwillige Kranken- u. Sterbekasse
(E. d. Nr. 6) in Lübeck.

General-Versammlung

der **Frauen-Sterbekasse**
am **Mittwoch den 26. November**
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
Abrechnung und Berichtendes.
Der Vorstand.

Hochfeine Kauf- und Sechspennig-Zigarren,
sowie Zigaretten, Tabak, Schagpfeifen etc.

Carl Wittfoot
Lübeck
18 Hitzstraße 18.

Empfehle meine **Fleisch-Wanderei.**
C. Altmann, Tremserslamp 15.

Muspielen
von **fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch**

— auf einem Blechbord —
am **Mittwoch den 26. November.**
Anfang Morgens 10 Uhr. Einfaß 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein

G. Sahlmann
Mühlenstraße 41.

Circus Variété

Reuterkrug.
Größtes, ältestes und vornehmstes Variété am Platze.

Einen glänzenden Sieg
erzielte der **neue**

V. Spielplan.
10 wirkliche Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestr. 53, 1. Stg.

Diese Woche interessante Reise im

Riesengebirge.
Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Apollo-Theater.
Im Zentrum der Stadt.
Gente und folgende Tage
Heinr. Kalenberg's

Variété der Zukunft.
So furchtbar
ist noch nie gelacht worden.
Die Kompagniemutter
muß jeder sehen.

Kurzes Gastspiel
Willini le masqué
der geheimnisvolle Präsent D'ug
Auftreten aller Spezialitäten.
Beginn 8 Uhr.

Diese Woche keine Preise.
Im Vorverkauf: 40, 60, 80 Pfg.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 26. Nov., Nachm. 3 Uhr
Schüler-Vorstellung zu 75 und 30 Pfg.-Preisen.
Wilhelm Tell.

Abends 7 1/2 Uhr, 8. Vorst. 8. Ab.-Vorst.
Alf Heibelberg.
Schauspiel in 4 Akten von Meier-Förster.
Donnerstag: **Die Jüdin.**

Freitag: **Carmen** (Gastspiel Ch. Schloß.)

Verantwortlicher Redakteur für den gegenwärtigen Jahrgang der Zeitung mit Ausnahme der Anzeigen der Anzeigen, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedrich Meyer & Co. — Grundschrift in Lübeck.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 24. November 1902.

J. St. Wortführer Dr. Brehmer eröffnet die Versammlung um 10 Uhr 32 Min. und verliest ein Dankschreiben der Hamburger Bürgerschaft anlässlich der Trauerkundgebung für den verstorbenen Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft.

Nach Mittheilung der vom Senat im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß gefaßten Beschlüsse, sowie mehrerer Dekrete wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Beim ersten Senatsantrag auf Verstärkung des Abschnittes 14 der Ausgabenliste des diesjährigen Staatsbudgets um 150 000 Mk. erhält zunächst das Wort

Buchwald: Wenn es sich um vorliegenden Falle auch um eine größere Summe handelt, so ist die Genehmigung doch formaler Natur. Früher wies man diese Summen auf den Reservefonds an, heute jedoch müsse das Staatsbudget herhalten. Ohne Frage wird im nächsten Jahre das Defizit ein weitaus größeres sein als in diesem Jahre; deshalb arbeitet man ja auch schon an einer neuen Steuervorlage. An die verschiedenen Behörden möchte ich das Ersuchen richten, etwas mehr als bisher zu sparen. Ich könnte ziemlich drastische Beispiele anführen, wo die sachlichen Kosten in etwas flotter Weise verwandt werden. Die Herren Beamten stehen eben auf dem Grundsatz: „Es geht ja alles aus dem großen Geldbeutel!“ Die einzige Deckung unseres Defizits ist ein Zuschlag zur Einkommensteuer. Geht es nicht, dann haben wir in wenigen Jahren ein Defizit von 1 Million Mark. Ich halte eine totale Revision unserer ganzen Steuerverhältnisse für unbedingt erforderlich. Heute stehen wir vor einer viel schlimmeren Frage bezüglich der Deckung des Defizits als j. St. beim Bau des Kanals. Nach meiner Ueberzeugung ist es der gangbarste Weg, wenn wir eine gemeinsame Kommission zur Prüfung unserer Steuerverhältnisse einlegen. Die Grund- und Gebäudesteuer kann nicht weiter gesteigert werden, deshalb ist eine prinzipielle Prüfung unbedingt erforderlich.

Senator Eschenburg: Aus der vorliegenden Abrechnung unserer Stadtkasse ist ersichtlich, daß der Reservefonds z. Bt. 760 000 Mk. beträgt. Es wird selbstverständlich in allen Ressorts zur größtmöglichen Sparsamkeit angehalten. Es ist nicht richtig, wenn der Vorredner sagt, daß bei den sachlichen Kosten darauf losgearbeitet wird; die Abrechnung wird es Ihnen lehren. Ich glaube nicht, daß eine gemeinsame Kommission in Bezug auf unsere Finanzverhältnisse etwas Ersprießliches erreichen kann. Die beiden einzigen Faktoren, welche härter herangezogen werden können, sind die Einkommen- und Grund- und Gebäudesteuer. Letztere ist nicht zu hoch; dieselbe ist vielmehr in anderen Städten bedeutend höher. (Unruhe.) Ueber die kommunalen Lasten können Sie sich also nicht beklagen.

Buchwald: Ich habe nicht gesagt, daß die Kommunallasten zu hoch sind. Es ist nicht richtig, daß das gesammte Defizit durch die Grund- und Gebäudesteuer gedeckt wird.

Jenne: Die Ausführungen des Vorredners sind sehr beachtlich. Man weiß aber noch nicht, wie es im nächsten Jahre aussieht. Wir haben die Antheilskosten an der Erbauung des Bahnhofes zu zahlen und dadurch wird sich das Defizit noch erheblich steigern. Deshalb ist es richtiger, wenn wir so lange mit der Erörterung dieser Frage warten, bis etwas Bestimmtes feststeht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß in den Senatsvorlagen vermerkt wird, wie viel auf die einzelnen Positionen kommen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß unsere Finanzverhältnisse nicht allzu schlecht bestellt sind; event. müssen wir im nächsten Jahre die Einkommensteuer erhöhen.

Pape: Ich bedauere, daß in den nachträglichen Bewilligungen nicht auch eine kleine Summe für die kunstgewerbliche Ausstellung enthalten ist. — Im Jahresbericht der Baudeputation ist für eine Quamauer die Summe von 100 000 Mk. angelegt, die nicht verausgabt worden sind. Ich bin begierig, zu wissen, wie sich der diesjährige

Bericht hierzu stellt. Es kann hier nämlich sehr leicht die Ansicht auftauchen, daß dieses Geld anderweitig verwandt wird.

Senator Dr. Mug: Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners muß man annehmen, daß die Baudeputation ohne Genehmigung der Bürgerschaft Gelder verausgabt. Dem ist jedoch nicht so. Für die kunstgewerbliche Ausstellung wird noch etwas ausgeworfen werden.

Dr. G. B. G.: Der Auffassung des Herrn Jenne muß ich entschieden widersprechen. Ich bemerke, daß die Beratungen über die Schaffung neuer Einnahmequellen noch nicht abgeschlossen sind. Aus diesem Grunde kann ich es nicht unüberdacht hinaus gehen lassen, daß die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit für Erhöhung der Einkommensteuer sei.

Damit schließt die Diskussion. Die Senatsvorlage wird angenommen.

Debatteles genehmigt wird sodann ein Senatsantrag auf Antrag der Wallentrugwiesen für den Staat, desgleichen die Senatsanträge auf: Errichtung einer zweiten festen Lehrerstelle an der Navigationschule, Verkauf von Ländereien der Armenanstalt in der Vorstadt St. Jürgen und Neubau zweier Arbeiterwohnhäuser auf dem Hofe Crummesse. Zur Berathung steht nunmehr der Antrag des Senats auf Vererbpachtung der vormaligen Oberförsterei in Israelsdorf an den früheren Förster von Carlshof, Freitag, zum Preise von 24 000 Mk. und einem Erbpachtzins von jährlich 80 Mk.

Schulmerich: Diejem Antrage darf nicht ohne Weiteres von der Bürgerschaft zugestimmt werden. Meiner Meinung nach müssen bei einer Vererbpachtung gewisse Gründe vorliegen, denn der Staat giebt doch den Gewinn der event. Werthsteigerung in den nächsten Jahren aus den Händen. Er muß event. später das Grundstück zu einem weitaus höheren Preise zurückkaufen und hat somit einen Schaden. Die Gründe erscheinen mir nicht stichhaltig. Selbst die Baudeputation hat der Vererbpachtung widerrathen, weil der Einfluß der zu schaffenden, bis in die Nähe von Israelsdorf reichenden neuen Hafen- und Industrieviertel-Anlagen auf die Entwicklung Israelsdorfs noch nicht abzusehen sei. Solange der Senat hier keine genügende, mich befriedigende Auskunft giebt, sehe ich mich gezwungen, gegen den Antrag zu stimmen.

Senator Eschenburg: Die Oberförsterei ist sehr schwer zu vermieten. Der Vertrag ist äußerst günstig für uns, insbesondere da wir bestimmte Bedingungen gestellt haben. Ich bitte um Annahme des Senatsantrages. Dieser wird denn auch bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Senatsantrag auf anderweitige Gehaltsfeststellung für den Direktor der Gewerbeschule und der Baugewerkschule. Der Senatsantrag bestimmt im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß ein Anfangsgehalt von 7500 Mark, steigend bis 9500 Mark. Dr. Ziehl beantragt Ablehnung des Senatsantrages und Gewährung einer persönlichen Zulage von 1500 Mark. Gleichzeitig ist ein Antrag Bödeker eingegangen, welcher den Senat ersucht, die Gehaltsätze des Schulrates einer Regulierung zu unterziehen.

Wortführer Dr. Brehmer weist darauf hin, daß letzterer Antrag nicht mit zu dieser Materie gehöre und deshalb auch nicht diskutiert werden dürfe.

Brecht: Ich stehe persönlich dieser Vorlage so kühl gegenüber, wie hier nur einer im Saale und deshalb beurtheile ich die Frage, ob das Gehalt resp. die Erhöhung angemessen normirt ist, vom rein sachlichen Standpunkt. Bei der Beurtheilung der Normirung der Gehälter kommen verschiedene Gesichtspunkte in Betracht. Wenn wir die Gehälter für Posten, zu denen sich hauptsächlich von außen Bewerber melden müssen, niedriger festsetzen, als in anderen Staaten, dann werden wir keine geeigneten Bewerber finden können. Die Gehälter unserer Beamten müssen mindestens denen Preußens gleichstehen. Wie steht es nun mit der Gewerbeschule und ihrem Direktor? Direktor Jensen ist Leiter einer Schule, welche dieselbe Organisation hat, wie die preussische. Sie ist allerdings noch in der Ent-

wicklung begriffen. Wir wissen ja auch alle, wie der wiederholte Wechsel der Direktoren und andere mißliche Verhältnisse der Entwicklung der Schule hinderlich gewesen sind. Trotzdem ist die Schülerzahl so gewachsen, daß wir uns mit Recht der Hoffnung hingeben dürfen, daß die Schule sich in nicht allzulanger Zeit den preussischen Schulen würdig an die Seite stellen kann. Für die Direktoren der preussischen Schulen ist nun eine Besoldung von 6060 bis 7260 Mk. festgesetzt; das Mittel beträgt 6660 Mk. Bei uns ist der Mittelfrag auf etwa 6700 Mk. normirt. Dafür hat aber Herr Jensen auch die Gewerbeschule zu leiten. Die Direktoren der preussischen Gewerbeschulen beziehen aber theils dasselbe Gehalt, wie die Leiter der Baugewerkschulen. Da ist es doch gerechtfertigt, daß dem Direktor, der beide Schulen leitet, eine höhere Gesamtbesoldung gewährt wird. Wir müssen nach dieser Richtung hin Korrektur an dem Beamtenbesoldungssatz vornehmen, da ein tüchtiger neuer Beamter auch bald mit der Forderung auf Gehaltserhöhung an uns herantreten wird. Ich habe allerdings ein erhebliches Bedenken bei Annahme des Senatsantrages, daß diese Erhöhung dann weitere Erhöhungen der Gehälter anderer Beamten nach sich ziehen kann. Es können solche Anträge kommen, wir haben aber nicht nöthig, darauf einzugehen. Ich würde einen Wechsel im Direktorium bedauern, da wir wohl wissen, daß wir einen tüchtigen Mann verlieren, wir wissen aber nicht, wen wir wiederbekommen. Es wäre wünschenswerth, wenn ein Wechsel in der Leitung vermieden wird und deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie die Senatsvorlage an. Auch dem Antrag auf Gewährung einer persönlichen Zulage stehe ich sympathisch gegenüber, da die sachlichen Verhältnisse die Erhöhung rechtfertigen. (Sehr richtig!)

Dr. Ziel: Es ist nicht ganz leicht, dieser Vorlage so ohne Weiteres zuzustimmen. Sie hat mir mehr Kopfschmerzen gemacht, wie manche anderen Senatsanträge. (Gr. Heiterkeit.) Sachliche Gründe sprechen für mich nicht allein mit, vielmehr kann ich mich nicht davon überzeugen, daß das Gehalt des Direktors in einer solchen Höhe festgesetzt werden muß. Meine Gegnerschaft ruht nicht auf dem Hauptgrund: der Veränderung unseres Beamtenbesoldungssatzes. Mit vieler Mühe und Noth, nach vielem Hin- und Herrathen haben wir endlich den Etat fertig gebracht. Die Steuerzahler haben das, was sie für diese Gehaltserhöhungen an Steuern mehr bezahlen müssen, noch nicht auf ihrem Steuerzettel. Allerdings werden sie sich sehr wundern! Die Schlussfolge ist, daß wir in diesem Augenblick an unserem Beamtenbesoldungssatz nicht rütteln dürfen. Wir können die jetzigen Verhältnisse mit einer Lawine vergleichen, die, wenn sie einmal ins Rollen kommt, verheerend wirkt. So ist es auch hier. Nach Beendigung des Werkes haben wir uns gelagt: „Gott sei Dank, daß wir damit fertig sind!“ Leider ist bei dieser Sache von einer festen Leitung des Staatschiffes nicht die Rede gewesen. (Große Erregung.) Wenn wir hier in der Bürgerschaft nicht einen festen Standpunkt einnehmen, dann geht Alles Kopf über und Kopf unter! (Widerpruch.) Wir müssen auch den Steuerzahlern Rechnung tragen. Wenn Direktor Jensen geht, dann geht Lübeck noch lange nicht zu Grunde. Trotzdem lage ich, daß, wenn man einen derartig tüchtigen Beamten hat, man ihn halten muß. Das geht nur auf dem Wege der persönlichen Gehaltszulage. Auch in anderen Staaten hat man diesen Modus eingeführt, ohne daß dadurch Neid oder Mißgunst unter den Beamten hervorgerufen worden sind. Ich weiß zwar, daß es hier viele Mitglieder in der Bürgerschaft giebt, welche gegen persönliche Zulagen sind. Früher war auch ich es, heute aber haben sich meine Anschauungen geändert. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß ich nach einer Reihe von Jahren abermals erkläre: „Jetzt ist es vorbei mit den persönlichen Zulagen!“ Auch im Falle Straderjahn haben wir damals persönliche Zulage gewährt. Ich bitte Sie, stehen Sie meinem Antrag freundlich gegenüber.

Dr. Baethke: Auch ich habe keine Beziehungen zu dem Direktor Jensen. Unser Beamtenbesoldungssatz ist eine sehr kostspielige Sache. Die Beamten, welche Zulage haben sollten, waren immer tüchtig, nach Meinung der die Zulage bewilligenden Personen. Ich erinnere Sie bei dieser Gelegenheit an einen Fall, wo ein Beamter infolge seiner Tüchtigkeit persönliche Zulage bekam; als er

In den Minen.

Roman von R. D. R. H.

37. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Wie? Und Du glaubst, daß dies hinreichen würde, Deine Mutter zu beruhigen,“ sagte Raub.

„Ich kann in diesem Augenblick nichts anderes zu ihrer Beruhigung thun.“

„Ich werde es ihr schreiben, Morgan; denn daß ich Dich jetzt wieder verlassen werde, jetzt, wo ich Dich nach langem, verzweifeltm Suchen endlich gefunden habe — das hast Du selbst doch wohl nicht im Ernst für möglich gehalten?“

„Aber es ist unmöglich, daß Du hier bleibst, Raub — nicht aus einem, sondern aus tausend Gründen ist es unmöglich. Hast Du denn vergessen, zu welchem Zweck ich mich in den Minen aufhalte, und welcher Art die Arbeit ist, die ich hier zu verrichten habe?“

„Eben weil ich daran denke und an die Gefahren, die Dich umgeben, will ich mich nicht wieder von Dir trennen. Fürchte nicht, daß ich Dir lästig und hinderlich sein werde. Sage mir, für was ich zu gelten und wie ich mich zu verhalten habe, und ich werde meine Rolle nicht schlechter spielen, als Du die Deinige.“

Sie hatte das alles in leichtem, fast heiterem Tone gesagt, aber Morgan kannte sie zur Genüge, um den tiefen Ernst eines wohlwollenden, durch nichts mehr zu beirrenden Vorgesetzten zu fühlen, der sich dahinter verbarg. Mit aller Verehrsamkeit, die ihm zu Gebote stand, schilbete er ihr die Gefahren, denen sie sich aussetzen wollte, und malte ihr in den schwärzesten Farben die Verworfenheit und Rohheit der Menschengattung, mit der er um seines großen Zweckes willen wie mit seinesgleichen verkehren müsse. Aber er machte mit alledem nicht den geringsten Eindruck auf sie.

„Ich fürchte mich nicht,“ erklärte sie lächelnd, „auch

wenn diese Leute wirklich so schlimm wären, wie Du sie darstellst. Aber ich weiß, daß Du übertreibst. Sie mögen Fanatiker sein und in ihrer Verbblendung zu allen Gewaltthaten fähig, aber ich beweise mich nun schon seit Wochen unter ihnen, und noch nie hat einer meine Schutzlosigkeit mißbraucht.“

„Nun wohl, wenn Du nicht um Deiner selbst willen thun magst, was ich von Dir erbitte, so wirst Du es doch nicht verweigern, wenn ich Dir sage, daß es für meine eigene Sicherheit und für das Gelingen meines Werkes unumgänglich notwendig ist. Da — lies diesen Brief!“

Er hatte Daisys Schreiben aus der Tasche gezogen und es ihr überreicht. Ihr Gesicht wurde blaß, als sie einen Blick auf die Anrede gemorfen hatte, und ohne weiter zu lesen, ließ sie die Hand mit dem Blatte sinken.

„Ist das — ist das an Dich gerichtet, Morgan?“ fragte sie mit schwerem Athem.

„Nicht an Morgan O'Connor, Raub, sondern an Henry Dougherty, den Molly Maguire und tüchtigen Mörder. Ich bitte Dich — lies! Es wird mir dann leichter werden, Dir alles zu erklären.“

Sie gehorchte, obwohl es in ihren Zügen zu lesen war, unter welchen Seelenqualen sie sich dazu entschloß. Als sie zu Ende war, hatte sie jedoch ihre ganze Fassung wiedergewonnen.

„Wer ist dieses Mädchen, Morgan? Und woher nimmst sie das Recht, an Deine Liebe zu glauben?“

„Ich selbst habe es ihr gegeben — wider meinen Willen erst, dann aber mit Vorbedacht, denn ich bedurfte ihrer, um mein Ziel zu erreichen. Höre mich an!“

Und er erzählte der athemlos rauschenden seine Erlebnisse von dem Tage an, wo er in der Maske eines Minenarbeiters das Vergewaltigen betreten hatte. Er betonte, wie er sich zuerst in Port Clinton, dann in Newtown, Middle Creek, Minersville und in Tower City aufgehalten habe, um die Sitten und die Lebensweise der Bevölkerung kennen

zu lernen, ehe er sich nach Pottsville begab. Durch die Färbung der Haare und des Bartes unkenntlich gemacht und hinlänglich vertraut mit den Gewohnheiten wie mit der Ausdrucksweise seiner neuen Kameraden, hatte er es endlich wagen können, die Stadt anzukommen, in der sein unglücklicher Bruder seine Pflichttreue mit dem Leben hatte bezahlen müssen.

Gewisse Andeutungen, die er in Minersville aufgefangen, hatten ihm verrathen, daß Monaghans Kneipe „Sheridan House“ ein Hauptquartier der wüthendsten Molly-Maguire sei, und die Erfahrungen, die er dort schon am Abend seiner Ankunft gemacht, ließen ihn erkennen, daß es sich in Wahrheit so verhielt.

Raub zitterte, als er ihr von den Ereignissen jenes Abends erzählte, und wie er dadurch, daß Daisy Monaghan ihm die Passworte der Molly-Maguire zugeflüstert, sein Leben habe retten können. Dann aber wurde sie wieder abwechselnd roth und blaß, als Morgan fortfuhr:

„Ich hätte blind sein müssen, um nicht zu bemerken, daß ich die Gunst des Mädchens gewonnen hatte. Und da ich sie für ein leichtsinniges Geschöpf hielt, das es heute mit dem einen und morgen mit dem andern hält, machte ich mir kein Gewissen daraus, ihre Neigung für meine Zwecke auszunutzen. Aber ich wurde noch und nach innen, daß ich mich in Daisys Charakter getäuscht hatte. Was sie an diesem Kerrigan gefesselt hatte, war wohl nur eine gewisse romantische Bewunderung seines verwegenen Muthes und ein Wohlgefallen an seiner hübschen Stimme gewesen. In dem Augenblick, wo sie sah, daß er sowohl im Gesangswettbewerb als auch im körperlichen Kampfe einem Stärkeren unterlag, wandte sich ihre Neigung diesem Stärkeren zu, und ich mußte mit Bestürzung wahrnehmen, daß des Mädchens Liebe zu mir bald zu einer großen Leidenschaft angewachsen war. Und so wenig ich Dir zu versichern brauche, daß ich diesem Mädchen nie ein anderes Gefühl, als das einer gewissen Dankbarkeit entgegengebracht habe, so wenig darf ich Dir das

pro Kind auch wesentlich verringern. Gerade den Agrariern, die der Staatskrippe am Nächsten stehen, ist die Volksbildung vielfach verhasst. Ein Edelknecht der Nation sagte zu einem Lehrer: „Sorgen Sie nur dafür, daß die Kinder keine Vogelneiter ausnehmen, weiter verlange ich nichts.“ Ein ländlicher Schulpatron äußerte sich seinem Lehrer gegenüber: „Mir ist den Teufel etwas daran gelegen, daß die Kinder etwas lernen, je weniger, desto besser.“ Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben 1892, daß ein Uebermann von Volksbildung den Angehörigen des Arbeiterstandes Unzufriedenheit einflöße und sie der Sozialdemokratie zuführe. Eine schöne Gesellschaftsordnung, die durch die Bildung der unteren Klassen gefährdet werden kann! (Sehr gut! h. d. Soz.) In den verschiedensten Kreisen wird also direkt der geistigen Beschränktheit der Massen das Wort geredet. Wie selbst hohe Staatsbeamte über die Volksbildung denken, hat der Trachten-Prozess gezeigt. Herr v. Dettlingen äußerte zu einem Lehrer: „Vor den Schulräumen hätten die Pferde stalle den Vorzug.“ (Hört! hört! h. d. Soz.) Also den Kindern werden die Pferde vorgezogen. Dabei hat die Landwirtschaft selbst das größte Interesse an intelligenten Arbeitern, die allein einen technisch und wissenschaftlich fortgeschrittenen Betrieb ermöglichen. Ohne solche Arbeiter können alle Bölle der Welt auf die Dauer den Untergang der Landwirtschaft nicht aufhalten. Wollen Sie (nach rechts) als Kulturfreunde erscheinen, als die Sie sich immer ausgeben, so stimmen Sie unserem Antrage zu. (Lebhafter Beifall h. d. Sozialdemokraten.)

v. Czarlinski (Prole): Aus den polnischen Volksschulen ist die Volksschule der Kinder verbannt. Was nützen die prächtigsten Paläste, die beste Befolgung der Lehrer! Eine solche Ausrottung der Muttersprache aus der Schule findet man in ganz Europa nicht wieder! Die Volksschulen in den polnischen Landesteilen sind heute nichts mehr als papageimäßige Abstrichanstalten für Kinder!

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Dieser Ausdruck ist unzulässig. Ueberhaupt möchte ich den Redner darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag sich nur auf die materiellen Verhältnisse der Volksschulen bezieht.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Antrag Bebel ist auf Antrag Singer eine namentliche.

Es stimmen mit Ja 9 Abgeordnete, mit Nein 162, 7 Abgeordnete enthalten sich der Stimme; demnach beträgt die Präsenziffer 178, das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Graf Ballesirem beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung).
Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Der Kuhhandel zwischen den Böhmern und der Regierung ist bisher noch nicht abgeschlossen, obwohl das Zentrum am Sonntag vier, Montag Vormittag drei Stunden über die Verständigung berathen hat. Die Verständigungskommissionen haben Sonnabend Abend die erste Konferenz mit dem Reichskanzler gehabt. Sie erlitten nunmehr ihren fünften Bericht und werden sich Dienstag Abend wieder beim Reichskanzler einfinden; da könnte eventuell der Gerstenhandel zum Abschluß gelangen. Nach der „Frei. Zig.“ soll nämlich die Regierung gewillt sein, einer Erhöhung des Mindestzolles für Braugerste um 1 Mark, also auf 4 Mk., unter Aufhebung der Bindung für Futtergerste zuzustimmen. Von der Bindung der Viehzölle sei jedoch nicht die Rede. Ein parlamentarischer Berichterstatter schreibt schließlich noch: Die Verständigung ist noch nicht gewisser, aber im Weichen. Das Zentrum hofft, die Konservativen seien, noch wenig verstimmt, unter dem Vorn der Ultra-Agrarier, Reichspartei und Nationalliberale warten ab.

Die konservative „Verständigungskommission.“ Die Anzahl der von 29 konservativ-agrarischen Abgeordneten im Reichstage eingebrachten Anträge auf Herabsetzung der Zuckerzölle beträgt, wie der „Vorwärts“ meldet, 243. Davon werden 243 Positionen der Zuckerzölle ohne jede nähere Begründung und Sonderung rein mechanisch durchweg um je 25 Proz. herabgesetzt. Zu den Unterzeichnern vieler Anträge gehören neben dem Herrn, Langenhein, Köpcke, Kaiserlautern die besten Herren v. Krumm und Graf Rumburg-Straum, die konservativen Mitglieder der Verständigungskommission! Es lebe die Verständigung!

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, im Reichstage zu beantragen, daß der jüngst eingebrachte Gesetzentwurf über die Phosphorsäureindustrie bereits in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen soll. Die Zollkante-Politik würde sich wieder einmal gründlich in ihrer Habgier bündeln, wenn sie diesem Verlangen nicht zustimmen und mit Rücksicht auf ihre Zollwächter erst nach Erledigung ihres Kuhhandels die Verhandlung zulassen würden. Die Nothwendigkeit dieser Verständigung ergibt sich aus der Vorlage selbst. Die Regierung stellt einen gewissen Termin, bis zu dem das Gesetz verabschiedet werden muß; sie sagt in der Begründung, daß der Entwurf bis zum 1. Juli 1903 Gesetzeskraft erlangen muß, wenn sie in der Lage bleiben soll, das neue Verfahren für das Reich erwerben zu können. Auch die Durchführung des Verfahrens selbst muß beschleunigt werden, jetzt es doch fest, daß jedes Jahr so und so viel Menschenleben gefährdet sind zu Grunde gerichtet werden, so lange das alte Verfahren bestehen bleibt. Technische Gründe stehen einer raschen Umwandlung nicht im Wege, und die Zulassung der Fabrikanten können gegenüber den der gefährdeten Arbeiter gar nicht in Frage kommen, was ja die Regierung durch ihre Ablehnung der Verständigung selber als richtig zeigt. Deshalb wird von der sozialdemokratischen Fraktion eine Abkürzung der Frist bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gefordert werden müssen und hoffentlich auch erreicht werden.

Im Handelsvertragsverein ist gegen die unter dem Einfluß der Herren Müller und v. Podolski für den Regierungsentwurf begünstigte Mitarbeit eine partei Gegenüber in Sorge. In den Schritten des Vereins in Nürnberg, München und Frankfurt a. M. sind scharfe Protest-Resolutionen gegen die Abkürzung gefordert worden. Es steht außer Zweifel, daß die Freunde des Regierungsentwurfes im erweiterten Ausschusse des Handelsvertragsvereins in der nächsten Session werden. Die Sitzung des erweiterten Ausschusses ist auf den 13. Dezember einberufen.

Die Rebellion im Zentrum. Eine große öffentliche Versammlung von Zentrumswählern in Urdenbach bei Düsseldorf erließ, der „Frankf. Zig.“ zufolge, einen scharfen Protest gegen die Faltung der Partei in der Zollvorlage und forderte den Abg. Kirch auf, er solle weniger die Handvoll Agrarier im Wahlkreis als die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Zwei von der Parteileitung geschickte Redner waren machtlos. Auch die anwesenden Kleinbauern stimmten dem Proteste zu.

Die polnische Reichstagsfraktion hat die angekündigte Interpellation nunmehr eingebracht. Dieselbe erstreckt sich u. A. auf polizeiliche Uebergriffe gegen polnische Redakteure, das Verfahren auf den Standesämtern bezüglich Registrierung der Namen, den über polnische Geschäfte seitens der Militärverwaltung verhängten Boykott usw.

Gegen die Wahl unseres Genossen Ulrich zum heftigsten Landtagsabgeordneten haben jetzt die vereinigten Nationalliberalen und Zentrumskräfte einen umfangreichen Protest bei der Zweiten Kammer eingebracht. Die katholischen, evangelischen und jüdischen Protestanten bestreiten die Rechtsgültigkeit der aufgestellten Wählerlisten für die Wahlmännerwahl. In den Listen wären auch alle diejenigen durch Erwerbung der heftigsten Staatszugehörigkeit „Hesse“ gewordenen Männer aufgeführt worden, die nicht ausdrücklich ihre frühere Staatszugehörigkeit aufgegeben hätten. Nach der heftigsten Verfassung vom 17. Dezember 1820 (!) könne aber nur derjenige „Hesse“ wählen, der in keinem fremden persönlichen Untertanenverhältnisse“ stehe. Das Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 ändere diese Bestimmung nicht. Die Protestanten werden indessen wenig Glück in der Kammer haben, da nicht nur stets seit 1870 nach dem jetzigen Modus gewählt wurde, sondern auch zahlreiche Abgeordnete im Landtag sitzen, die mehrere Staatszugehörigkeiten besitzen. Uebrigens hat die Kammer insofern schon zu Gunsten Ulrichs entschieden, als sie ihn Dienstag zum Schriftführer wählte.

Der Wahlvorstand der Freisinnigen Volkspartei in Breslau beschloß, den Parteigenossen dringend zu empfehlen, bei den Stadterordneten-Stichwahlen die Reaktion im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht zu unterstützen. — D. h. also, die Freisinnigen werden aufgefordert, für die Sozialdemokratie, gegen die reaktionären Kandidaten zu stimmen. Es bleibt abzuwarten, ob die freisinnige Wählerschaft der Parole des Wahlvorstandes folgen wird. Vorläufig glauben wir noch nicht recht daran.

Der Werd auf der „Voreley“. Der in Griechenland festgenommene Matrose Konrad Kohler vom Kriegsschiff „Voreley“, welcher gefangen ist, seinen Vorgesetzten, den Oberfeuerwerksmaaten Niederhülfi, ermordet zu haben, ist, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, Seemann von Verus und am 12. Oktober 1901 als „außerordentlich Gemüthlicher“ bei der 6. Kompagnie der zweiten Matrosendivision eingetreten. Er ist am 16. Februar 1879 in Unterspödingen (Donaufreis) in Württemberg geboren. Die Voruntersuchung wird vom Gericht des Kommandos des Stationschiffes „Voreley“ geführt. Die Aburtheilung erfolgt nach Eintreffen des Verbrechens in Wilhelmshaven durch das zuständige Kriegsgericht (Gericht der zweiten Marineinspektion in Wilhelmshaven). — Marine-Kriegsgerichtsrath Zeig ist bereits zur Leitung der Voruntersuchung nach Athen abgereist.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstagswahl in Danzig für den verstorbenen Abgeordneten Heinrich Hider findet am 13. Januar statt. — Zum Vizepräsidenten des Landtages von Schwarzburg-Rudolstadt wurde unser Genosse Winter gewählt. — Wie verschiedene Blätter übereinstimmend melden, ist der Berliner Polizeipräsident von Windheim zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. M. Oberer ernannt worden. — Als bayerischer Justizminister ist Reichsgerichtsrath Mildner in Aussicht genommen. — Oberleutnant zur See Frhr. von Fürstberg vom Kanonenboot „Iltis“ ist im Riffionshospital zu Hankau am Darmtyphus gestorben. Er stammt aus Stammheim im Rheinland. — Aus Anlaß der Geburt einer Tochter hat der König von Italien eine Amnestie erlassen. — Die „Times“ berichten aus Brüssel, daß den Burenbelegten Bessels, Fischer und Wolmarans die Erlaubnis zur Rückkehr nach Südafrika bestimmt verweigert worden ist. Man scheint diese drei Männer sehr zu fürchten. — Die Kämpfe in Szechuan begannen Sonnabend mit der Zurückziehung der japanischen Truppen.

Schweiz.

Die Volksabstimmung am Sonntag hat die Annahme der Verfassungsrevision, nach der die Eidgenossenschaft den Kantonen für die Förderung der Volksschulen Beihilfen verschaffen soll, mit rund 252 000 Stimmen gegen 76 000 Stimmen der Bürger und mit 21 1/2 gegen 1/2 Kantonsstimmen als Ergebnis gehabt.

Frankreich.

Der Marineminister Pelletan hat der Budgetkommission der Kammer auf deren Verlangen den Bericht des Generals Suroin über die Ereignisse in China ausgeliefert unter der Bedingung, daß der Bericht von den Mitgliedern der Budgetkommission vertraulich behandelt wird. Bekanntlich hatte Waldeck-Roussin im vorigen Jahre die Mitteilung des Berichtes abgelehnt. Die Budgetkommission verweigerte allerdings jedoch die Vorlage des Berichtes, bevor sie sich über die Subjekosten für die Unterhaltung der Missionen in China schlüssig machen wollte.

Spanien.

Neue Sturmjener gab es am Sonnabend in der Kammer. Die Deputierten Orizuela, Romero Robledo und andere beantragten die Ernennung einer Kommission zur Prüfung einer Unregelmäßigkeit beim Verkauf von staatlichen Waldungen. Ein karistischer Deputierter verlangte, daß der verantwortliche Minister den Bericht ausgeliefert werden soll. Romero zog dann seinen Antrag zurück, doch bewerte der Vorn an. Konservative und Liberale stürzten gegeneinander drohende Äuße aus, wobei der Präsident schließlich die Sitzung aufheben mußte.

Amerika.

Friede auf der Landenge. Ein Telegramm aus Panama meldet: Der Friedensvertrag zwischen der venezolanischen Regierung und den Aufständischen bestimmt, daß

Herrera die ganze Flotte der Aufständischen an die Regierung ausliefern, alle Vorräthe an Kriegsmaterial in den Provinzen Cauca und Panama sowie alle Waffen und Munition übergeben soll, die bei Aguadulce erbeutet worden waren. Die Regierung läßt die Aufständischen auf ihre Kosten nach Hause befördern. — Nach einem weiteren Telegramm aus Caracas ergab sich noch General Lorenzo Guavara bei Rio Chico mit 600 Mann.

Argentinien.

Ein großer Streik ist in Buenos Aires ausgebrochen. Die französisch-österreichische „Agence Havas“ berichtet darüber: Nachdem schon seit mehreren Tagen Arbeitsverhältnisse stattgefunden hatten, in deren Folge es zu Zusammenstößen zwischen Ausländern und Schülern gekommen war, ist nunmehr der Generalausstand proklamiert worden. Der Exporthandel ruht infolgedessen vollkommen. Kammer und Senat haben nichts anderes gewußt, um diesem Ausstand zu begegnen, als sofort einen Gesetzentwurf anzunehmen durch den die Regierung ermächtigt wird, alle Ausländer, deren Verhalten die nationale Sicherheit gefährdet oder Unruhen hervorrufen könnte, auszuweisen. Hoffentlich befinden sich aber unter den Eingeborenen Leute genug, welche, trotz der Ausweisung der Ausländer, im Stande sind, den Ausstand zu einem früheren Ende zu führen.

Berammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 24. November 1902.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

J. St. Senator Dr. K. L. G.: Gegenüber den verschiedenen Bemerkungen der Herrn Vorredner möchte ich darauf hinweisen, daß im Senat eine prinzipielle Abneigung gegen persönliche Zulagen nicht besteht. Früher sind seitens des Senates wiederholt derartige Anträge gestellt worden. Im Senat ist die Meinung verbreitet, daß man mit den persönlichen Zulagen der Billigkeit entspreche. Deshalb trägt der Senat keine Bedenken, durch Zustimmung zur Erhöhung einer persönlichen Zulage die Sache sofort zu erledigen.

Bödeker: Ich kann mich mit dem Antrage des Herrn Dr. Ziehl einverstanden erklären. Für ebenso berechtigt aber halte ich auch den Antrag auf Regulierung des Gehaltes für den Schulrath. Ich gestatte mir, zur Begründung desselben zu bemerken, daß... (Stimme des Wortführers.)

Wortführer Dr. Brehmer: Ich kann es nicht zugeben, daß sie jetzt einen Antrag begründen wollen, aber den wir noch gar nicht zu berathen haben.

Bödeker (fortfahrend): Es war auch gar nicht meine Absicht, den Antrag zu begründen, ich wollte nur auf denselben hinweisen.

Hempel: Als vor Jahren der Direktor der Baugewerkschule nach hier kam, bezog er ein Gehalt von 6300 Mk. steigend bis zu 7500 Mk. Der Herr war damals sehr damit zufrieden. Dann kam die allgemeine Revision der Beamtengehälter; jener Herr erhielt 500 Mk. mehr. Meine Absicht hat damals der Bürgerausschuß bei Berathung dieser Punkte beide Posten zusammengeworfen. Jetzt will man das Gehalt erhöhen, nachdem nur wenige Monate mit der Regulierung ins Land gegangen sind. Bekanntlich brachte der Senat schon im Juli einen Antrag auf Erhöhung ein; die Bürgerschaft lehnte denselben ab, wenn ich nicht irre, einstimmig ab. Nun kehrt der Antrag wieder. Es ist sehr auffällig, daß alle Behörden den Mann halten wollen, ohne stichhaltige Gründe hierfür anzugeben. Wenn die Oberschulbehörde einen Direktor anstellt, dann hat sie auch darauf zu achten, daß er seine Pflicht thut. Wenn er sie dann selbstverständlicher Weise erfüllt, dann braucht man das nicht als etwas besonderes Lobenswerthes hervorzuheben. Der Beamte muß seine Pflicht treu erfüllen, sonst wäre er nicht brauchbar gewesen. Auf den Schulern des Schulraths ruht eine große Arbeitslast; ich will aber nicht näher hierauf eingehen. Ohne Namen zu nennen, will ich nur noch darauf hinweisen, daß sich neben der 2. Knaben-Mittelschule auch die Präparanden-Anstalt befindet und daß Letztere mit der Mittelschule zusammen geleitet wird. Wenn sie heute den Direktor die Zulage bemitteln, glauben Sie denn, daß es damit zu Ende ist? Nein, meine Herren! Der Direktor würde schließlich dasselbe fordern, wie die Baudirektoren. Es ist meiner Meinung nach durch die heutige Vorlage bewiesen worden, daß die ganze Sache nicht eingehend geprüft worden ist. Wir sind es somit den sämtlichen Beamten schuldig, daß wir ihre Gehaltsverhältnisse wieder genau durchprüfen. (Oh!-Auf.) Wenn der Direktor uns die Pistole vor die Brust setzen will, dann sage ich: Adieu, lieber Freund, gehe nur! Es giebt Hunderte von Bewerbern, die dem Posten vorstehen können. Wir müssen uns vor den persönlichen Zulagen hüten. Ich bitte Sie deshalb, lehnen Sie den Senatsantrag ab.

Senator Dr. K. L. G.: Die Gründe der Gegenüber sind bereits in ausgedehnter und hinreichender Weise widerlegt worden. Es haben hier persönliche Momente mit in die Debatte hineingespielt. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß hier nur das sachliche Interesse in Betracht kommt. Der Redner giebt nun eine ausführliche Schilderung der Entstehung des Senatsantrages, die zum Schluß darin gipfelt, daß der Direktor ein von allen Seiten hochgeschätzter Beamter sei, der nach kurzer Zeit wieder in Preußen eine lohnendere Anstellung finden könnte. Sollten Sie wirklich die Anträge ablehnen, dann erklären Sie, daß diese immer wiederkehren werden. Nehmen Sie also entweder den Senatsantrag oder den Antrag des Herrn Dr. Ziehl an.

Jenne: Ich bin den Ausführungen des Herrn Senators mit großem Interesse gefolgt, kann mich demselben aber nicht anschließen. Die Gefahr, daß unsere Beamten nach Preußen gehen, kehrt trotz Erhöhung der Gehälter immer wieder. Im Bürgerausschuß ist seine Zeit bei Berathung der Stats die Sache eingehend behandelt worden; dieser, sowie die Bürgerschaft hatten aber gar keine Ahnung davon, daß seitens des Direktors Eingaben an den Senat gerichtet worden waren. Erst ist der Herr zufrieden, nach acht Wochen aber merkt er plötzlich seine Unzufriedenheit. Ich sehe gern, daß der Herr hier bleibt, kann aber dennoch nicht für den Senatsantrag stimmen. Für mich bedeutet die Annahme des Senatsantrages eine Durchlöcherung des Besoldungsetats. (Oh!) Daß schon nach einem Vierteljahr solche Forderungen kamen, hat auch wohl Keiner erwartet. Es ist wohl richtig, daß wir von jetzt ab den Besoldungs-Stat des Jahr neu regulieren, dann müßte man allerdings den Bürgerchaftsmitgliedern Diäten gewähren, (Unruhe.) Ich meine mit zum Zug der Zeit zu gehören, daß man immer die Tüchtigkeit der Beamten besonders hervorhebt. Ich habe auch keinen Grund, daran zu zweifeln. Wenn

keine Durchlöcherung des Stats wollen, dann lehnen Sie den Senatsantrag ab; sonst werden alle Beamten jetzt mit Recht mit Forderungen an uns herantreten. Uebrigens hat der Senat ja auch schon einen Rückzug angetreten. Es geht nicht an, daß, wenn ein Beamter gute Freunde in der Bürgerchaft hat oder die Werbetrommel recht kräftig rührt, seine Forderungen dann bewilligt werden.

Von Hahn ist ein Antrag eingegangen, die persönliche Zulage auf 1200 Mk. zu bemessen. Senator Dr. Kulenkamp bleibt leider unverändert.

Stiller (schwer verständlich) scheint für den Antrag Dr. Ziel zu plaidieren. Er meint, daß man hier mal ein Auge zudrücken müsse.

Trotzdem eine ganze Reihe von Rednern sich noch zum Wort gemeldet hat, wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Abstimmung wird nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte der Antrag Dr. Ziel mit großer Mehrheit angenommen. Bökeler hat seinen Antrag zurückgezogen.

Sodann wird der Senatsantrag auf Gewährung einer Altersunterstützung an den Maschinisten am allgemeinen Krankenhaus Hugo Thiele mit einer geringfügigen, von Dr. Hoffstätter vorgeschlagenen Verringerung angenommen.

Nach einer ziemlich belanglosen Debatte wird ferner die Senatsvorlage auf Pflasterung der Süsterthor-Allee mit sogenanntem Kleinpflaster (Kostenbetrag 22000 Mk.) angenommen, desgleichen der Antrag auf Erweiterung des Bauamtsgebäudes. Bei letzterem Punkt spricht

Bape den Wunsch aus, die Lehrer an der Baugewerkschule mit in die Baudeputation hineinanzunehmen, da diese doch bedeutend unabhängiger seien.

Nach Annahme der von einer Kommission gemachten Vorschläge betr. die Verwendung der vom Staate erworbenen vormals Kniekehlmischen Erbpachtstelle zu Altsäfelde erfolgte Schluß der Versammlung um 1 Uhr 20 Min.

Der letzte Tagesordnungspunkt: Erlaß einer Bauordnung, wurde abgelehnt. Zur Berathung derselben findet eine Versammlung der Bürgerchaft am 8. Dezember statt.

Süder und Nachbargebiete.

Dienstag, den 25. November.

Arg hineingefallen ist wieder einmal die bürgerliche Presse mit einem Fund, den sie zu ihrer nicht geringen Freude gemacht zu haben glaubte. Siernach sollte nämlich Genosse Bernstein in einer Versammlung Berliner Schuhmacher eine Neuerung gethan haben, die dahin geht, daß die Organisation der Arbeiter deshalb nicht überflüssig sei, weil noch auf Generationen hinaus, ja bis in die weite Ferne, die von der Sozialdemokratie erstrebte Gesellschaftsordnung nicht Platz greifen werde. Indes, es ist mit diesem Fund. Wie Genosse Bernstein dem „Vorwärts“ mittheilt, ist es ihm nicht eingfallen, eine solche Behauptung aufzustellen. Was er gesagt hat, ist vielmehr, daß seines Erachtens noch auf Generationen hinaus, ja, bis weit in die von der Sozialdemokratie erstrebte Gesellschaftsordnung hin, ein Berufsorganisation der Arbeiter notwendig sein werden. Was sagt die bürgerliche Presse, und insbesondere das „Mitsblatt“, zu diesem neuesten Reinfall?

Mit der Verlegung der „Börse“ nach der Wallhalbinsel beschäftigte sich eine am Sonntagabend im „Vereinshaus“ abgehaltene gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung der Hafenarbeiter Süders. Die Beschwerdekommision berichtete zunächst über die Verhandlungen, welche zwecks Anweisung eines Aufenthaltsortes für die Hafenarbeiter mit der Handelskammer und dem Polizeiamt geführt worden sind. Veranlassung zu dem Verhandlungen gab das Fortweifen der Hafenarbeiter von ihrer bisherigen Börse innerhalb der kleinen Allee seitens der Polizeiorgane; der fernere Aufenthalt an jener Stelle wurde ihnen ferner verboten. Es wurde darauf seitens der Beschwerdekommision zunächst schriftlich und dann mündlich bei der Handelskammer und dem Polizeiamt Beschwerde erhoben. Die Folge war, daß den arbeitenden Hafenarbeitern vom verfloffenen Donnerstag ab der Platz südlich der Drehbrücke als Aufenthaltsort angewiesen wurde. Die Kommission hat aber gleichzeitig das Ersuchen an die zuständigen Organe gerichtet, den Hafenarbeitern an jener Stelle einen Schuppen errichten zu lassen, damit sie doch einigermaßen vor den Unbilden der Witterung geschützt sind. Auf dieses Gesuch ist noch keine Antwort eingetroffen, aus welchem Grunde seitens der Kommission am 20. November abermals eine Eingabe an die Handelskammer gerichtet worden ist. Hier heißt es nun abwarten! — In der äußerst lebhaften Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Kornwäger und Träger schon seit längerer Zeit solche geschützten Unterfunktsräume haben. Diesen habe man es-gewährt, die Hafenarbeiter aber habe man bereits seit Jahren trotz mehrerer Gesuche völlig ignoriert. Zum Schluß wurde noch an die Anwesenden die Mahnung gerichtet, sich nunmehr auch nach der neuen Börse zu begeben, um jegliches Einschreiten der Polizeiorgane zu vermeiden. Die von der Beschwerdekommision unternommenen Schritte wurden gutgeheißen. Beim nächsten Tagesordnungspunkt: „Innere Verbandssangelegenheiten“ wurden lebhaftige Klagen geführt über die stetig zunehmenden Unfälle. Schatz gerügt wurde es ferner, daß Arbeiter, welche Unfälle erlitten und hiervon Meldung machten, von manchen Arbeitgebern indirekt gemahngelt wurden resp. bei der Arbeit nicht gerne gesehen wurden. Diese Angelegenheiten wurden der Beschwerdekommision zur weiteren Verfolgung überwiehen.

Vor dem Schwurgericht hatten sich gestern die Arbeiter Gutow und Lange wegen Straßenraubes zu verantworten. Die beiden Angeklagten haben am 8. Juni auf dem Wege nach Wesloe dem Maler Wolge aus Wesloe sein Portemonnaie in dem Augenblick entziffen, als er ihnen einige Groschen verabsolgen wollte. In dem Portemonnaie befanden sich über 50 Mark. Die Angeklagten behaupteten im Termin, daß sie das meiste Geld unterwegs wieder verloren hätten. Trotzdem fand die Tochter von Vange's Logiswirthin ein paar Tage nach dem Raub 15 Mark in Papier eingewickelt im Bett desselben. S. gab dieses zu, er will aber immer sein Geld dort verstecken, damit es ihm nicht gestohlen werden könnte. Nach seiner Behauptung hat er auch noch 60 Mark im Balbe hinter dem Kirchhof vergraben. Die Geschworenen bejahten bei Gutow die auf Raub lautende Schuldfrage und bei Lange die Frage auf Beihilfe hierzu. Letzterer erhielt darauf 5 Monate Gefängniß, während Gutow einschließlich einer früher gegen ihn erkannten 3-jährigen Gefängnißstrafe 2 Jahr 7 Monate und drei Jahre Ehrverlust erhält. Die Untersuchungschaft wurde angerechnet.

Wegen Sittverbrechens erhielt der hiesige Arbeiter Wehr von der Strafkammer 11 acht Monate Gefängniß. Er hatte ein unschuldiges Kind in sittlicher Beziehung verlegt.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Mittwoch Nachmittag findet eine Schüler-Vorstellung statt, und zwar gelangt „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Die Karten zu dieser Vorstellung stellen sich auf 75 und 30 Pfg. — Abends geht „Alt-Heidelberg“ abermals in Szene; das Stück hat trotz der bisherigen fünf Aufführungen noch nichts von seiner Zugkraft eingebüßt. — Am Freitag wird die königl. bayerische Hofopernsängerin Fr. Charlotte Schloß als Carmen gastiren.

pb. Festgenommener Fahnenflüchtiger. Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose der Kaiserlichen Marine, der sich am 13. v. Mts. von seinem Truppentheile heimlich entfernte und sich unter falschem Namen hier aufhielt. Er wurde der hiesigen Militärbehörde übergeben.

Im Zirkus Variete wird am Freitag, Sonnabend und Sonntag Fritz Friedmann, ehemals Berlins berühmtester Vertheidiger, auftreten. Fritz Friedmann, das „gehobte Edelwild“, hat sich bekanntlich dem Brettl gewidmet, nachdem er infolge der noch sicherlich bekannten Vorgänge dem Rechtsanwaltsstande Valet sagen mußte. Trotz dieses mit großen Kosten verbundenen Gastspieles findet eine Erhöhung der Preise nicht statt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Eine vom Gewerkschaftskartell in Rostock einberufene Volksversammlung hat eine Resolution angenommen, nach welcher der Kampf der Maurer als ein Abwehrkampf bezeichnet und ihnen die volle Sympathie ausgesprochen wird. Gleichzeitig verpflichteten sich die Versammelten, durch positive Unterstützung der Maurer den Beweis für ihre Sympathie zu erbringen. — Ueber die Gartmann'sche Schokoladenfabrik in Altona ist vom Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Altona, die Sperre verhängt worden. Herr Gartmann hat seine Arbeiter und Arbeiterinnen durch Unterwerfung, bei Strafe sofortiger Entlassung, verpflichtet, nicht dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen beizutreten. Herr Gartmann hat seiner Drohung gleich Nachdruck verschafft, indem er zwei Arbeiterinnen entlassen hat. Auch die Unterhandlungen seitens der Lohnkommission haben zu keinem Resultate geführt. — In Wandsbek gelang es mit Hilfe unserer Genossen bei einer Stadtrathswahl dem Magistratsklingel eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Der Kandidat desselben unterlag nämlich mit 345 Stimmen dem Gegner, der 439 Stimmen erhielt. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Ikehoe erhielten unsere Genossen 131 bezw. 128 Stimmen, während es die Gegner auf 169 bezw. 167 Stimmen brachten. Mit Rücksicht auf das ungerechte Wahlsystem ist dieses Resultat ein höchst erfreuliches.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Sicherheitspolizei in Paris verhaftete auf Ersuchen der Hamburger Polizei den 27-jährigen Karl Kimmeling, der in einem Hotel unter dem Namen Alfons Ritter aus Bern wohnte. Kimmeling war Angehöriger eines großen Handelshauses in Hamburg, bei dem er 5000 Mk. stahl. — Eine vom Hamburgischen Zweigverein der internationalen Föderation zum Dienstag einberufene öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Hamburgische Vereinsgesetz und die Frauen“. Referentin Lida Gustava Heymann, nebst Diskussion, ist von der Polizeibehörde auf Grund des Vereinsgesetzes verboten worden. Rechnen denn die Hamburger Polizei die bürgerlichen Frauen auch schon zu den Umstürzlern? — Aus Oldesloe wird gemeldet: Das strohgedeckte Wohn- und Wirtschaftsgelände des Land- und Gastwirths Schmäler in Bodendorf ist Sonntag Abend total niedergebrannt. Drei Pferde, neun Kühe und ca. 30 Schweine sowie sämmtliches Federvieh kamen in den Flammen um. — Aus der Stadtvertretung in Stellingen-Langenfelde sind fünf Vertreter ausgetreten, darunter unser Parteigenosse Meier, um gegen die von der Majorität beliebte Klügelwirtschaft Protest einzulegen. Eine öffentliche Gemeindeversammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, nahm eine Resolution, die zu diesem Vorgehen ihre vollste Zustimmung aussprach, nahezu einstimmig an. — Montag früh stieß in der Nähe des Friedrich-Strand-Bahnhofes in Rostock eine Maschine mit einem Kutschenzuge zusammen. Ein Heizer wurde schwer und ein anderer leicht verletzt. — In der Nacht zum Montag kam in der Maschinenstraße in Stavenhagen ein Großfeuer zum Ausbruch, das bis jetzt fünf zweistöckige Wohnhäuser mit allen Neben- und Hintergebäuden und Stallungen eingeeicht hat. Das Feuer nimmt an Ausdehnung noch immer zu. Schon werden die nächstfolgenden Häuser geräumt. Menschen sind bisher nicht an Schaden gekommen. — Am Sonnabend brach die 11-jährige Tochter des Pastors Koch in Hohen-Spreng auf dem Eise ein und konnte nur als Leiche geborgen werden. — Auf dem dänischen Dampfer „Wal“, der augenblicklich im Bremer Hafen liegt, erstickte der Koch durch Einathmen von Kohlendunst in seiner Koje. Sein Kollege konnte mit Knapper Noth wieder ins Leben zurückgerufen werden. Wie die „Bremer Bürgerzeit.“ berichtet, besand sich in der Kammer, in der die beiden logirten, keinerlei Heizvorrichtung. Bei der strengen Kälte hatten die Leute, der erste und der zweite Koch des Schiffes, einen Eimer voll glühender Kohlen in die Kammer genommen um dieselbe etwas zu erwärmen. Dieser Umstand ist ihnen zum Verhängniß geworden. — So sorgen die Akkerkapitalisten für ihre Arbeiter!

Schwerin. Der Landtag beschloß, den Brückenpfeiler bei Bessig und Dugow mit 6000 Mark abzulösen. Die Stände lehnten den Bau einer Bahn von Marlow nach Köllow ab, bewilligten aber die Gelder zur Anschaffung zweier Automobile für Personen- und Güterverkehr für die genannte Strecke. O glücklichem Westenburg!

Barth. Die Rechnung ohne das berühmte mecklenburgische Sonntagsgesetz hatte am letzten Sonntag der Einberufer einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung, in der Gen. Stelling-Süder referiren sollte, gemacht. Die Versammlung war nämlich auf 4 Uhr nachmittags angesetzt, konnte jedoch auf Grund des erwähnten Gesetzes erst um 6 Uhr beginnen. Die Mittheilung hierüber wurde dem Einberufer nun kurz vor Beginn der Versammlung, etwa gegen 3 1/2 Uhr, gemacht. Sofort begab sich derselbe in Gemeinschaft mit dem Referenten nach dem Stadtmagister, um mit demselben dieserhalb Rücksprache zu nehmen. Es half aber Alles nichts: Die um 4 Uhr erschienenen Versammlungsbesucher mußten volle zwei Stunden auf den Beginn der Versammlung warten. Angeichts dieses unliebsamen Vorfalles ist wohl die Frage vollauf berechtigt: Wann wird endlich durch Schaffung eines einheitlichen, auch für das Land mit dem Schenkepost maßgebenden Reichsvereinigungsgesetzes mit diesem zur Unterdrückung der Arbeiter bestimmten Sonntagsgesetz aufgeräumt werden?

Bremen. Die Bürgerchaftswahlen haben am gestrigen Montag ihren Anfang genommen und für die Sozialdemokratie ein überaus günstiges Resultat erbacht. Im 1. Bezirk erhielt unser Genosse 92, die Gegner 287 resp. 9 Stimmen, im 2. Bezirk siegte der Liberale mit 302 über 112 sozialdemokratische Stimmen; im 3. Bezirk ist das Stimmenverhältniß folgendes: Gohmann (S.D.) 231 Stimmen, Weller (Lib.) 163 Stimmen, Rippe (Lib.) 166 Stimmen. Es hat hier also eine aussichtsreiche Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem Liberalen Rippe stattgefunden. Die Wahl im 10. Bezirk brachte den Liberalen mit 393 gegen 125 sozialdemokratische Stimmen den Sieg. Erfreulich ist das Resultat im 11. Bezirk; hier erhielt Genosse Junge 223 und der Liberale 149 Stimmen. Ungünstig waren 16 Stimmen. Da aber in diesem Bezirke die Auszählung der Stimmzettel nicht in der regelrecht vorgeschriebenen ordnungsgemäßen Form vor sich gegangen ist, so dürfte bei der erheblichen Zahl der ungültigen Stimmen hier möglicherweise die letzte Entscheidung noch nicht gefallen sein. Der durchschnittliche Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in denjenigen Bezirken, wo unsere Genossen schon 1899 kandidirten, beträgt ca. 50 Prozent. Der Erfolg des ersten Wahltages ist also für uns sehr zufriedenstellend, mögen die nächsten Wahltage uns weitere Erfolge bringen. — Mit Rücksicht auf den Ausfall dieser Wahl dürfte es weitere Kreise interessieren, das Wahlrecht kennen zu lernen, nach dem die 150 Vertreter in die gesetzgebende und verwaltende Körperschaft der alten Hansestadt geschickt werden. 1848 wurde auch in diesem kleinen Staate das allgemeine Wahlrecht errungen. Durch einen Staatsstreich aber eskamotirten die Herrschenden im Reaktionsjahre 1854 dieses Wahlrecht wieder und setzten an seine Stelle ein Klassenwahlrecht. In erster Linie versorgten sich die Kaufleute, was in einer Handelsstadt nur natürlich war. Dieser Klasse, der zweiten, wurden allein ein Drittel sämmtlicher Vertreter zugesandt. Ferner wurden die erste Klasse (Gelehrte), die dritte (Gewerbetreibende) und die siebente (Großlandwirth) privilegiert, während die Vertreter für die vierte, fünfte, sechste und achte Klasse aus allgemeinen Wahlen hervorgingen und keinem bestimmten Berufe angehören brauchten. Dieses Klassenwahlrecht wurde dann durch die Liberalen bis in die jüngste Zeit in der Weise „verbessert“, daß die Bürger von „Besitz und Bildung“ in Bremen ein Umal größeres Wahlrecht haben als die Wähler der nichtprivilegirten Klassen. Es wählten 1899 in der

1. Klasse (Gelehrte)	23 Wähler einen Vertreter.
2. „ (Kaufleute)	21 „ „
3. „ (Gewerbetreibende)	12 „ „
7. „ (Großlandwirth)	73 „ „
4. „ } allgemeine Wahlen	297 „ „
5. „ }	383 „ „

Es kommt noch eines hinzu: Wahlen kann nur der Bremer Bürger, und um ein solcher werden zu können, muß man eine Gebühr von 16.50 Mk. entrichten und durch eines Eid bekräftigen, daß man dem Staate „treu und hold“ sein und die Gesetze innehalten will. So sieht es dem Wahlrecht in einer deutschen „Republik“ aus!

Oldenburg. Aus dem Landtage. Der Landtag hielt Freitag seine 4. Plenarsitzung ab. Aus den Verhandlungen ist nur bemerkenswerth, daß der Landtag die Vertretung der Arbeiterklasse im Eisenbahnrath einstimmig annahm. Die Regierung erklärte sich im Prinzip damit gleichfalls einverstanden und schlug vor, nicht den Gesellen-ausschuß als Wahlkörper für die drei Arbeitervertreter im Eisenbahnausschuß zu bestimmen, sondern die Arbeitervertreter im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, was der Landtag akzeptierte. Es ist das ein sozialpolitischer Erfolg der Sozialdemokratie, der die Regierung etwas angänglich zu machen schien ob des gemachten Zugeständnisses. Denn der Minister erklärte, daß sich die Regierung für die zweite Lesung des Gesetzes noch Abänderungsanträge zu stellen vorbehalte.

Oldenburg. Mehr Sparjamkeit im Reichel. Der Finanzausschuß des Landtages unterbreitet dem Plenum eine Resolution, in welcher die großherzogliche Staatsregierung ersucht wird, durch ihren Vertreter beim Bundesrath oder auf eine sonst angemessene Art, möglichst gemeinsam mit den anderen Bundesregierungen auf die Reichsregierung in dem Sinne zu wirken, daß das Reich durch größere Sparjamkeit und Einschränkung der Ausgaben eine Herabminderung der Matricularbeiträge der Einzelstaaten herbeiführt.

Lübecker Stadttheater.

Als Lammhäuser stellte sich am Montag der weitbekannte erste Tenorist des Hamburger Stadttheaters, Herr Willy Birkenowen, dem hiesigen Publikum vor. Man ist gewohnt, von dem bedeutenden Künstler, der vor Jahren hier in hoher Vollenbung den Stolz in den „Meisterfingern“ sang, etwas ganz Außergewöhnliches zu hören. In den letzten Aufzügen wurde diese Erwartung auch erfüllt; im ersten Akt jedoch mußte man zu der Ansicht kommen, daß eine starke Indisposition auf Herrn Birkenowen ungünstig einwirkte. Die Töne klangen unruhig und flackernd; man vermehrte den bestehenden Wohlklang der Stimme, der den Künstler zum Liebling der Hamburger gemacht hat. Im zweiten Akt gab sich das Organ schon freier, namentlich die Mittellage klang voll und schön; im dritten Akt erhob sich mit der Wiedergabe der Bilgerfahrt-Erzählung die Leistung des Sängers zu höchster Höhe. Das ausdrucksvolle Mimenspiel des Sängers, die plastischen Bewegungen desselben hoben in darstellerischer Beziehung seinen Lammhäuser weit über das Konventionelle. Die Unterstützung, die ihm durch die hiesigen Künstler, namentlich Herrn Frank (Wolfram) und Fr. Kurt (Eliabeth), zu Theil wurde, war geradezu hervorragend. Blumen und Beifall spendete das zahlreich erschienene Publikum reichlich.

Letzte Nachrichten.

Bromberg. Drei Kinder erstickt. Wie die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, sind in dem Dorort Klein-Bartelsee drei Kinder eines Arbeiters im Alter von 2 1/2 bis 6 Jahren, die allein in verschlossener Stube zurückgelassen waren, bei einem Stubenbrande, welcher wahrscheinlich durch die Explosion einer Lampe verursacht worden ist, erstickt.

Berlin. Raubmordversuch. Ein Klempnergehilfe, Karl Moller aus Löwenberg in Schlesien, verübte Sonntag in dem Laden des Banngeschäftes Schwerdtfeger u. Co. einen Raubmordversuch, nachdem er schon am Sonnabend Abend in dem in der Friedrichstraße gerade gegenüber dem Bahnhof gelegenen Laden erschienen war und Münzen gekauft hatte, offenbar um sich zu orientiren. Sonntag Morgen, kurz nach 8 Uhr, kam er wieder, verlangte einige Münzen aus dem Schaufenster und verlegte dem Verkäufer Otto Solwedel, als dieser die Münzen

aus der Auslage herausnehmen wollte, von hinten mehrere Dolchstiche. Da ihm aber der Dolch aus der Hand fiel, gab er sein Ziel verloren und floh. Salzwedel folgte ihm, brach aber auf der Straße zusammen. Passanten und Schutzmänner verfolgten den Flüchtling und faßten ihn, als er in die Spree gesprungen war. Der Verhaftete wurde zunächst in die Charitee gebracht.

Bauhen. Ein verhängnisvoller Scherz. Ein entsehtlich läches Ende fand ein fröhliches Herrchen bei dem Augenarzt Dr. Neumann. Dieser zeigte Gästen aus seiner Waffensammlung ein besonders schönes Stilett. Nachdem er dasselbe wieder in die Scheide gesteckt hatte, ließ er damit scherzweise nach seinem neben ihm stehenden Freunde, dem Militärarzt Dr. John vom städtischen Krankenhaus. Dr. John schrie fürchtbar auf und laut blutüberströmt zur Erde. Die Scheide des Stilett's war nämlich beim Ausziehen herabgefallen und die blante Klinge in den Leib gedrungen. Der erst 27 Jahre alte behetzte Arzt erlag seiner Verletzung.

Dresden. Große Schwindeleien wurden bei der hiesigen Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft festgestellt. Der Aufsichtsrath ermittelte bei der Revision, daß der Direktor Richter Elbtähne auf seinen Namen quartierte und dieselben dann zu höheren Preisen

an die Gesellschaft weiter vermiethete. Der Zwischengewinn floß in seine Tasche. Bisher wurde eine Schädigung der Gesellschaft um 35 000 Mark festgestellt. Richter wurde sofort seines Amtes enthoben.

Samm i. B. Ueberfahren. Durch einen Bahnzug wurde auf der Station Rhegnern ein Fuhrwerk überfahren. Der Kutscher wurde getödtet.

Lemberg. Siebzehn Petroleumschächte wurden in der Nacht zum Montag im benachbarten Borzskan ein Raub der Flammen, auch sind 7 Häuser niedergebrannt. Bei dem Großfeuer wurde eine Person getödtet und eine verwundet.

Rom. Ein Herzog verhungert! Infolge allgemeiner Nothlage hat sich der 19jährige Herzog Siora erschossen. — In der englischen Botschaft erfolgte Montag eine Gasexplosion. Drei Arbeiter wurden leicht verletzt. Der Feuerwehrgelung es bald, des Brandes Herr zu werden.

Barcelona. Die hiesige Polizei hob eine Schwindel-„Generalagentur“ der bekannten spanischen Schatzgräber auf, die überall in Europa Dumme fuchte und vielfach fand. Unter den drei Verhafteten befindet sich auch ein Deutscher.

Buenos Aires. Ein Dr. Lan suchte die Stadt San

Urbanos in der Provinz Santa Fe heim. 5 Personen wurden getödtet und 18 schwer verlegt; außerdem sind etwa 100 Häuser zerstört worden. Der Telegraphen- und Eisenbahnverkehr wurde unterbrochen.

Briefkasten.
W. Wichtig ist nur 2,45 Mk. oder aber 2 Mk. 45 Pfg.

Darstellung.
Für den Preßfond gingen ein:
Von M. 2 Mark.
Fr. Meyer u. Co.

Lübeker Marktpreise vom 22. November.
Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk.,
Hafen Stk. 3,30 Mk., Enten Stk. 2,80 Mk., Gähner Stk.
1,70 Mk., Kühen Stk. 1,50 Mk., Tauben Stk. 0,60 Mk.,
Gänse Pfd. 65-70 Pf., Fliedgans 3,00 Mk., Schweinskopf
Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Würstl Pfd. 1,20 Mk.,
Eier 7 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen
Pfd. 1.-Mk., Karaschen Pfd. 80 Pfg., Sechse Pfd. 60 Pfg.,
Barische Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 Mk.

Ein freundl. heizb. Zimmer
nach vorne zu vermieten
Weierstraße 75, I
Zu sofort oder Januar Parterrewohnung
Wiedestraße zu vermieten Näheres
Friedenstraße 72, II.
Gesucht eine Frau des Tags über bei
Kindern. Zu sprechen Abends 7 Uhr
Walenstrasse 200.
Tüchtige Schuhmachereffellen
sucht
August Löffler,
Hüterdamm 4.
Suche zu sofort Voll- und Halbfelle, die
mit Herden Bescheid wissen und Kuchfütterer,
die melken können, 1 Junge beim Milchwagen.
Carl Kollow, Stellenverm. Johannisstr. 63, I
Eine Frau wünscht Beschäftigung in Nähen
und Wäschearbeiten, sehr billig
Engelsgrube 46, II.
Guterh. Dauerbrandöfen mit Rohr
billig zu verkaufen Wiedestraße 54, part.
Zu verkaufen junge Hühner
Wiedestraße 42, II.
Zu verk. eine große Marktlaterne
70 Ctm. hoch, 30 Ctm. breit, alle 4 Seiten Glas
Hüterstraße 37, I, im Flügel.
Hüte u. schwarze Hauben
werden garnirt
Gr. G. Spitzgrube 30.
Eine Schneiderin empfiehlt sich zur Anfertigung
von Damen- und Kindergarderoben im
Haus. Näheres
Wiederstraße 20.
Wache hiermit bekannt, daß der Brotmann
Lange seit dem 10. d. M. kein Brot mehr
für mich verkauft.
Den Verkauf meiner Waaren habe ich der
Frau Behrens-Rabenbush übertragen.
Kermann Callies
Bäckeri und Konditorei, Marienhal.

Dr. Fritz Friedmann kommt!

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1903

ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.

Von dem Inhalt heben wir besonders hervor:
Kalendarium, Postwesen, Messen und Märkte, Bruno Schoenlank (mit Portrait), Russische Revolutionen von A. Demmer, Prüfung von Schiffsmodellen (mit Illustrationen). Ferner einige sehr gute Erzählungen, Gedichte und vieles andere.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Colporteurs.

Empfehle meine
Fleisch-Wädherei.
C. Altman, Erenserlamp 15.
Ausspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch
— auf einem Stehbillard —
am Mittwoch den 26. November.
Anfang Morgens 10 Uhr. Einlay 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
G. Sahlmann
Mühlenstraße 41.

Circus Variété Reuterkrug.
Größtes, ältestes und vornehmstes Variété am Plage.
Einen glänzenden Sieg
erzielte der
neue V. Spielplan.
10 wirkliche Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Kassenschl. 7 Uhr.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche interessante Reise im
Riesengebirge.
Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Meilen 1 Mk.

Apollo-Theater.
Im Centrum der Stadt.
Heute und folgende Tage
Heinr. Kalnberg's
Variété der Zukunft.
So furchtbar
ist noch nie gekannt worden.
Die Kompagniemutter
muß jeder sehen.
Kurzes Gastspiel
Willini le masque
der geheimnißvolle Präsentönig
Auftreten aller Spezialitäten.
Beginn 8 Uhr.
Diese Woche keine Preise.
Im Vorverkauf: 40, 60, 80 Pfg.

Stadt-Theater
Mittwoch den 26. Nov., Nachm. 3 Uhr
Schüler-Vorstellung zu 75 und 30 Pfg.-Preisen.
Wilhelm Tell.
Abends 7 1/2 Uhr, 58. Vorst. 51. Ab.-Vorst.
Mit Geibelberg.
Schauspiel in 4 Akten von Meyer-Förster.
Donnerstag: Die Jüdin.
Freitag: Carmen (Gastspiel Th. Schloß.)

Enthaarungs-Pomade
entfernt binnen 10 Minuten jeden lästigen Haarwuchs des Gesichts und der Arme gefahr- und schmerzlos.
à Glas 1,50 Mk.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Lübeker gemeinnütziger Bauverein
e. G. m. b. H.
Am Mittwoch den 26. d. Mts.
wird das im Hause Ludwigstraße 73, Ecke der Stitenstraße, befindliche
Volks-Brausebad
eröffnet.
Die Benutzung desselben ist Jedermann gestattet.
Das Brausebad ist geöffnet:
a) an den Werktagen von 5 Uhr Nachm. bis 9 Uhr Abends.
b) Sonntags " " " " 10 " "
c) an Sonn- und Festtagen
im Sommer von 6 Uhr Morg. bis 9 Uhr Vorm.
im Winter " " " " 7 " "
Dienstags und Freitags dürfen nur Frauen,
an den übrigen Tagen nur Männer das Bad benutzen.
Der Preis eines Brausebades ohne Wäsche und Seife beträgt 10 Pfg.
Der Preis für die Darreichung eines Handtuches beträgt " " "
einer Badehaube " " "
eines Badelakens " " "
Seife ist in Stücken von 5 und 10 Pfg. erhältlich.
Zu recht fleißiger Benutzung des Bades ladet ein
Der Vorstand.

H. Schreiber
Bahntechniker,
Wahnstraße 8, 1. Etage.
Freiwillige Kranken- u. Sterbekasse
(E. D. Nr. 6) in Lübeck.
General-Versammlung
der
Frauen-Sterbekasse
am Mittwoch den 26. November
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Abrechnung und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Hochfeine Künf- und Geshpfennig-Zigarren,
sowie Zigaretten, Taback, Schagpfeifen etc.
Carl Wittfoot
Lübeck
18 Güterstraße 18.
Rolltaback.
Korbhändler
von Grimm & Triepel.
Zapfenmacher.
Rolltaback.
Geb. Ungewitter.
Lübecker.

Verantwortlicher Redacteur für den german. Theil der Zeitung: Dr. Friedrich Meyer, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redacteur für die russ. „Welt und Reichsgebiet“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Geschäftsstelle in Lübeck.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 24. November 1902.

J. St. Vorsitzender Dr. Bremer eröffnet die Versammlung um 10 Uhr 32 Min. und verliest ein Dankschreiben der Hamburger Bürgerschaft anlässlich der Trauerkundgebung für den verstorbenen Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft.

Nach Mitteilung der vom Senat im Einverständnis mit dem Bürgerausschuss gefassten Beschlüsse, sowie mehrerer Dekrete wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Beim ersten Senatsantrag auf Verstärkung des Abschnittes 14 der Ausgabenliste des diesjährigen Staatsbudgets um 150 000 Mk. erhält zunächst das Wort

Buchwald: Wenn es sich im vorliegenden Falle auch um eine größere Summe handelt, so ist die Genehmigung doch formaler Natur. Früher wies man diese Summen auf den Reservefonds an, heute jedoch müsse das Staatsbudget herhalten. Ohne Frage wird im nächsten Jahre das Defizit ein weitläufigeres sein als in diesem Jahre; deshalb arbeitet man ja auch schon an einer neuen Steuervorlage. An die verschiedenen Behörden möchte ich das Ersuchen richten, etwas mehr als bisher zu sparen. Ich könnte ziemlich drastische Beispiele anführen, wo die sachlichen Kosten in etwas flotter Weise vermindert werden. Die Herren Beamten stehen eben auf dem Grundsatze: „Es geht ja alles aus dem großen Geldbeutel.“ Die einzige Deckung unseres Defizits ist ein Zuschlag zur Einkommensteuer. Geschieht das nicht, dann haben wir in wenigen Jahren ein Defizit von 1 Million Mark. Ich halte eine totale Revision unserer ganzen Steuerverhältnisse für unbedingt erforderlich. Heute stehen wir vor einer viel schlimmeren Frage bezüglich der Deckung des Defizits als j. St. beim Bau des Kanals. Nach meiner Ueberzeugung ist es der gangbarste Weg, wenn wir eine gemeinsame Kommission zur Prüfung unserer Steuerverhältnisse einsetzen. Die Grund- und Gebäudesteuer kann nicht weiter gesteigert werden, deshalb ist eine prinzipielle Prüfung unbedingt erforderlich.

Senator Eschenburg: Aus der vorliegenden Abrechnung unserer Stadtkasse ist ersichtlich, daß der Reservefonds z. St. 760 000 Mk. beträgt. Es wird selbstverständlich in allen Refforts zur größtmöglichen Sparbarkeit angehalten. Es ist nicht richtig, wenn der Vorredner sagt, daß bei den sachlichen Kosten darauf losgearbeitet wird; die Abrechnung wird es Ihnen lehren. Ich glaube nicht, daß eine gemeinsame Kommission in Bezug auf unsere Finanzverhältnisse etwas Ersprießliches erreichen kann. Die beiden einzigen Faktoren, welche härter herangezogen werden können, sind die Einkommen- und Grund- und Gebäudesteuer. Letztere ist nicht zu hoch; dieselbe ist vielmehr in anderen Städten bedeutend höher. (Unruhe.) Ueber die kommunalen Lasten können Sie sich also nicht beklagen.

Buchwald: Ich habe nicht gesagt, daß die Kommunallasten zu hoch sind. Es ist nicht richtig, daß das gesamte Defizit durch die Grund- und Gebäudesteuer gedeckt wird.

Jenne: Die Ausführungen des Vorredners sind sehr beachtlich. Man weiß aber noch nicht, wie es im nächsten Jahre aussieht. Wir haben die Antheilskosten an der Erbauung des Bahnhofs zu zahlen und dadurch wird sich das Defizit noch erheblich steigern. Deshalb ist es richtiger, wenn wir so lange mit der Erörterung dieser Frage warten, bis etwas Bestimmtes feststeht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß in den Senatsvorlagen vermehrt wird, wie viel auf die einzelnen Positionen kommen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß unsere Finanzverhältnisse nicht allzu schlecht bestellt sind; event. müssen wir im nächsten Jahre die Einkommensteuer erhöhen.

Pape: Ich bedauere, daß in den nachträglichen Bewilligungen nicht auch eine kleine Summe für die kunstgewerbliche Ausstellung enthalten ist. — Im Jahresbericht der Baudeputation ist für eine Quaimauer die Summe von 100 000 Mk. angesetzt, die nicht verausgabt worden sind. Ich bin begierig, zu wissen, wie sich der diesjährige

Bericht hierzu stellt. Es kann hier nämlich sehr leicht die Ansicht auftauchen, daß dieses Geld anderweitig verwandt wird.

Senator Dr. Klug: Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners muß man annehmen, daß die Baudeputation ohne Genehmigung der Bürgerschaft Gelder verausgabt. Dem ist jedoch nicht so. Für die kunstgewerbliche Ausstellung wird noch etwas ausgeworfen werden.

Dr. Gatz: Der Auffassung des Herrn Jenne muß ich entschieden widersprechen. Ich bemerkte, daß die Beratungen über die Schaffung neuer Einnahmequellen noch nicht abgeschlossen sind. Aus diesem Grunde kann ich es nicht unwiderrprochen hinaus gehen lassen, daß die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit für Erhöhung der Einkommensteuer sei.

Damit schließt die Diskussion. Die Senatsvorlage wird angenommen.

Debattelos genehmigt wird sodann ein Senatsantrag auf Ankauf der Walkenkrugwiesen für den Staat, desgleichen die Senatsanträge auf: Errichtung einer zweiten festen Lehrerstelle an der Navigationschule, Verkauf von Ländereien der Armenanstalt in der Vorstadt St. Jürgen und Neubau zweier Arbeiterwohnhäuser auf dem Hofe Grumme. Zur Verathung steht nunmehr der Antrag des Senats auf Vererbapachtung der vormaligen Oberförsterei in Israelsdorf an den früheren Pächter von Carlshof, Freitag, zum Preise von 24 000 Mk. und einem Erbpachtkanon von jährlich 80 Mk.

Schulmerich: Diejem Antrage darf nicht ohne Weiteres von der Bürgerschaft zugestimmt werden. Meiner Meinung nach müssen bei einer Vererbapachtung gewisse Gründe vorliegen, denn der Staat giebt doch den Gewinn der eventl. Werthsteigerung in den nächsten Jahren aus den Händen. Er muß eventl. später das Grundstück zu einem weitaus höheren Preise zurückkaufen und hat somit einen Schaden. Die Gründe erscheinen mir nicht stichhaltig. Selbst die Baudeputation hat der Vererbapachtung widerrathen, weil der Einfluß der zu schaffenden Hafens- und Industrieviertel-Anlagen auf die Entwicklung Israelsdorfs noch nicht abzusehen sei. Solange der Senat hier keine genügende, mich befriedigende Auskunft giebt, sehe ich mich gezwungen, gegen den Antrag zu stimmen.

Senator Eschenburg: Die Oberförsterei ist sehr schwer zu vermiechen. Der Vertrag ist äußerst günstig für uns, insbesondere da wir bestimmte Bedingungen gestellt haben. Ich bitte um Annahme des Senatsantrages.

Dieser wird denn auch bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Senatsantrag auf anderweitige Gehaltsfeststellung für den Direktor der Gewerbeschule und der Baugewerkschule. Der Senatsantrag bestimmt im Einverständnis mit dem Bürgerausschuss ein Anfangsgehalt von 7500 Mark, steigend bis 9500 Mark. Dr. Ziehl beantragt Ablehnung des Senatsantrages und Gewährung einer persönlichen Zulage von 1500 Mark. Gleichzeitig ist ein Antrag Bödeker eingegangen, welcher den Senat ersucht, die Gehaltsätze des Schulrathes einer Regulierung zu unterziehen.

Vorsitzender Dr. Bremer weist darauf hin, daß letzterer Antrag nicht mit zu dieser Materie gehöre und deshalb auch nicht diskutiert werden dürfe.

Recht: Ich stehe persönlich dieser Vorlage so kühl gegenüber, wie hier nur einer im Saale und deshalb beurtheile ich die Frage, ob das Gehalt resp. die Erhöhung angemessen normirt ist, vom rein sachlichen Standpunkt. Bei der Beurtheilung der Normirung der Gehälter kommen verschiedene Gesichtspunkte in Betracht. Wenn wir die Gehälter für Posten, zu denen sich hauptsächlich von außen Bewerber melden müssen, niedriger festsetzen, als in anderen Staaten, dann werden wir keine geeigneten Bewerber finden können. Die Gehälter unserer Beamten müssen mindestens denen Preussens gleichstehen. Wie steht es nun mit der Gewerbeschule und ihrem Direktor? Direktor Jensen ist Leiter einer Schule, welche dieselbe Organisation hat, wie die preussische. Sie ist allerdings noch in der Ent-

wicklung begriffen. Wir wissen ja auch alle, wie die wiederholte Wechsel der Direktoren und andere mäßliche Verhältnisse der Entwicklung der Schule hinderlich gewesen sind. Trotzdem ist die Schülerzahl so gewachsen, daß wir uns mit Recht der Hoffnung hingeben dürfen, daß die Schule sich in nicht allzulanger Zeit den preussischen Schulen würdig an die Seite stellen kann. Für die Direktoren der preussischen Schulen ist nun eine Besoldung von 6060 bis 7260 Mk. festgesetzt; das Mittel beträgt 6660 Mk. Bei uns ist der Mittelsatz auf etwa 6700 Mk. normirt. Dafür hat aber Herr Jensen auch die Gewerbeschule zu leiten. Die Direktoren der preussischen Gewerbeschulen beziehen aber theils dasselbe Gehalt, wie die Leiter der Baugewerkschulen. Da ist es doch gerechtfertigt, daß dem Direktor, der beide Schulen leitet, eine höhere Gesamtbesoldung gewährt wird. Wir müssen nach dieser Richtung hin Korrektur an dem Beamtenbesoldungssatz vornehmen, da ein tüchtiger neuer Beamter auch bald mit der Forderung auf Gehaltserhöhung an uns herantreten wird. Ich habe allerdings ein erhebliches Bedenken bei Annahme des Senatsantrages, daß diese Erhöhung dann weitere Erhöhungen der Gehälter anderer Beamten nach sich ziehen kann. Es können solche Anträge kommen, wir haben aber nicht nöthig, darauf einzugehen. Ich würde einen Wechsel im Direktorium bedauern, da wir wohl wissen, daß wir einen tüchtigen Mann verlieren, wir wissen aber nicht, wen wir wieder bekommen. Es wäre wünschenswert, wenn ein Wechsel in der Leitung vermieden wird und deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie die Senatsvorlage an. Auch dem Antrag auf Gewährung einer persönlichen Zulage stehe ich sympathisch gegenüber, da die sachlichen Verhältnisse die Erhöhung rechtfertigen. (Sehr richtig!)

Dr. Ziel: Es ist nicht ganz leicht, dieser Vorlage so ohne Weiteres zuzustimmen. Sie hat mir mehr Kopfschmerzen gemacht, wie manche anderen Senatsanträge. (Gr. Heiterkeit.) Sachliche Gründe sprechen für mich nicht allein mit, vielmehr kann ich mich nicht davon überzeugen, daß das Gehalt des Direktors in einer solchen Höhe festgesetzt werden muß. Meine Gegnerschaft ruht in dem Hauptgrund: der Veränderung unseres Beamtenbesoldungssatzes. Mit vieler Mühe und Noth, nach vielem Hin- und Herrathen haben wir endlich den Etat fertig gebracht. Die Steuerzahler haben das, was sie für diese Gehaltserhöhungen an Steuern mehr bezahlen müssen, noch nicht auf ihrem Steuerzettel. Allerdings werden sie sich sehr wundern! Die Schlussfolgerung ist, daß wir in diesem Augenblick an unserem Beamtenbesoldungssatz nicht rütteln dürfen. Wir können die jetzigen Verhältnisse mit einer Lawine vergleichen, die, wenn sie einmal ins Rollen kommt, verheerend wirkt. So ist es auch hier. Nach Beendigung des Werkes haben wir uns gesagt: Gott sei Dank, daß wir damit fertig sind! Leider ist bei dieser Sache von einer festen Leitung des Staatschiffes nicht die Rede gewesen. (Große Erregung.) Wenn wir hier in der Bürgerschaft nicht einen festen Standpunkt einnehmen, dann geht Alles Kopf über und Kopf unter! (Widerspruch.) Wir müssen auch den Steuerzahlern Rechnung tragen. Wenn Direktor Jensen geht, dann geht Lübeck noch lange nicht zu Grunde. Trotzdem sage ich, daß, wenn man einen derartig tüchtigen Beamten hat, man ihn halten muß. Das geht nur auf dem Wege der persönlichen Gehaltszulage. Auch in anderen Staaten hat man diesen Modus eingeführt, ohne daß dadurch Reid oder Mißgunst unter den Beamten hervorgerufen worden sind. Ich weiß zwar, daß es hier viele Mitglieder in der Bürgerschaft giebt, welche gegen persönliche Zulagen sind. Früher war auch ich es, heute aber haben sich meine Anschauungen geändert. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß ich nach einer Reihe von Jahren abermals erkläre: „Jetzt ist es vorbei mit den persönlichen Zulagen!“ Auch im Falle Straderjahr haben wir damals persönliche Zulage gewährt. Ich bitte Sie, stehen Sie meinem Antrag freundlich gegenüber.

Dr. Baethke: Auch ich habe keine Beziehungen zu dem Direktor Jensen. Unser Beamtenbesoldungssatz ist eine sehr kostspielige Sache. Die Beamten, welche Zulage haben sollten, waren immer tüchtig, nach Meinung der die Zulage besorgenden Personen. Ich erinnere Sie bei dieser Gelegenheit an einen Fall, wo ein Beamter in Folge seiner Tüchtigkeit persönliche Zulage bekam; als er

In den Wägen.

Roman von R. Driß.

37. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Wie? Und Du glaubst, daß dies hinreichen würde, Deine Mutter zu beruhigen,“ sagte Mand.

„Ich kann in diesem Augenblick nichts anderes zu ihrer Beruhigung thun.“

„Ich werde es ihr schreiben, Morgan; denn daß ich Dich jetzt wieder verlassen werde, jetzt, wo ich Dich nach langem, verzweifeltstem Suchen endlich gefunden habe — das hast Du selbst doch wohl nicht im Ernst für möglich gehalten?“

„Aber es ist unmöglich, daß Du hier bleibst, Mand — nicht aus einem, sondern aus tausend Gründen ist es unmöglich. Hast Du denn verstanden, zu welchem Zweck ich mich in den Wägen aufhalte, und welcher Art die Arbeit ist, die ich hier zu verrichten habe?“

„Eben weil ich daran denke und an die Gefahren, die Dich umgeben, will ich mich nicht wieder von Dir trennen. Fürchte nicht, daß ich Dir lästig und hinderlich sein werde. Sage mir, für was ich zu gelten und wie ich mich zu verhalten habe, und ich werde meine Rolle nicht schlechter spielen, als Du die Deine.“

Sie hatte das alles in leichtem, fast heiterem Tone gesagt, aber Morgan kannte sie zur Genüge, um den tiefen Ernst eines wohlwollenden, durch nichts mehr zu beirrenden Vorgesetzten zu fühlen, der sich dahinter verbarg. Mit aller Verehrsamkeit, die ihm zu Gebote stand, schilderte er ihr die Gefahren, denen sie sich aussetzen wollte, und warf ihr in den schwärzesten Farben die Verworfenheit und Korbheit der Menschengattung, mit der er um seines großen Zweckes willen wie mit seinesgleichen verkehren müsse. Aber er machte mit alledem nicht den geringsten Eindruck auf sie. „Ich fürchte mich nicht,“ erklärte sie lächelnd, „auch

wenn diese Leute wirklich so schlimm wären, wie Du sie darstellst. Aber ich weiß, daß Du übertriebst. Sie mögen Fanatiker sein und in ihrer Verblendung zu allen Gewaltthaten fähig, aber ich beweise mich nun schon seit Wochen unter ihnen, und noch nie hat einer meine Schutzlosigkeit mißbraucht.“

„Nun wohl, wenn Du nicht um Deiner selbst willen thun magst, was ich von Dir erbittle, so wirst Du es doch nicht verweigern, wenn ich Dir sage, daß es für meine eigene Sicherheit und für das Gelingen meines Werkes unumgänglich notwendig ist. Da — lies diesen Brief!“

Er hatte Daihs Schreiben aus der Tasche gezogen und es ihr überreicht. Ihr Gesicht wurde blaß, als sie einen Blick auf die Karte geworfen hatte, und ohne weiter zu lesen, ließ sie die Hand mit dem Blatte sinken.

„Ist das — ist das an Dich gerichtet, Morgan?“ fragte sie mit schwerem Athem.

„Nicht an Morgan O'Connor, Mand, sondern an Henry Dougherty, den Molly Maguire und flüchtigen Räuber. Ich bitte Dich — lies! Es wird mir dann leichter werden, Dir alles zu erklären.“

Sie geordnete, obwohl es in ihren Jügen zu lesen war, unter welchen Seelenqualen sie sich dazu entschloß. Als sie zu Ende war, hatte sie jedoch ihre ganze Fassung wiedergewonnen.

„Wer ist dieses Mädchen, Morgan? Und woher nimmt sie das Recht, an Deine Liebe zu glauben?“

„Ich selbst habe es ihr gegeben — wider meinen Willen erst, dann aber mit Vorbedacht, denn ich bedurfte ihrer, um mein Ziel zu erreichen. Höre mich an!“

Und er erzählte der athemlos lauschenden seine Erlebnisse von dem Tage an, wo er in der Maske eines Minenarbeiters das Bergrevier betreten hatte. Er berichtete, wie er sich zuerst in Port Clinton, dann in Newdown, Middle Creek, Minersville und in Tower City aufgehalten habe, um die Sitten und die Lebensweise der Bevölkerung kennen

zu lernen, ehe er sich nach Pottsville begab. Durch die Färbung der Haare und des Bartes unkenntlich gemacht und hinlänglich vertraut mit den Gewohnheiten wie mit der Ausdrucksweise seiner neuen Kameraden, hatte er es endlich wagen können, die Stadt anzufahren, in der sein unglücklicher Bruder seine Pflichten mit dem Leben hatte bezahlen müssen.

Gewisse Andeutungen, die er in Minersville aufgefangen hatten ihm verrathen, daß Monaghans Kneipe „Sheridan House“ ein Hauptquartier der wüthendsten Molly Maguire sei, und die Erfahrungen, die er dort schon am Abend seiner Ankunft gemacht, ließen ihn erkennen, daß es sich in Wahrheit so verhielt.

Mand zitterte, als er ihr von den Ereignissen jenes Abends erzählte, und wie er dadurch, daß Daihs Monaghan ihm die Paspworte der Molly Maguire zugesüßert, sein Leben habe retten können. Dann aber wurde sie wieder abwechselnd roth und blaß, als Morgan fortfuhr:

„Ich hätte blind sein müssen, um nicht zu bemerken, daß ich die Gunst des Mädchens gewonnen hatte. Und da ich sie für ein leichtsinniges Geschöpf hielt, das es heute mit dem einen und morgen mit dem andern hält, machte ich mir kein Gewissen daraus, ihre Neigung für meine Zwecke anzunehmen. Aber ich wurde nach und nach inne, daß ich mich in Daihs Charakter getäuscht hatte. Was sie an diesen Kerrigan gefesselt hatte, war wohl nur eine gewisse romantische Bewunderung seines verwegenen Muthes und ein Wohlgefallen an seiner höchsten Stimme gewesen. In dem Augenblick, wo sie sah, daß er sowohl im Gesangsweitzreit als auch im körperlichen Kampfe einem Stärkeren unterlag, wandte sich ihre Neigung diesem Stärkeren zu, und ich mußte mit Befürzung wahrnehmen, daß des Mädchens Liebe zu mir bald zu einer großen Leidenschaft angewachsen war. Und so wenig ich Dir zu versichern brauche, daß ich diesem Mädchen nie ein anderes Gefühl, als das einer gewissen Dankbarkeit entgegengebracht habe, so wenig darf ich Dir

aber fortging, da hieß es zur Entschuldigung aller von anderer Seite kritisierten Sachen: Das hat der weggegangene Beamte verschuldet! Wo war da die Lügnerzeit? Ich habe mir seiner Zeit bei Berathung des Beamtenbesoldungsetzels die Frage vorgelegt, ob ich nicht bei der Berathung des Etats gegen denselben sprechen sollte. Heute bedauere ich, damals nicht dagegen gesprochen zu haben. Denn es handelt sich hier heute um einen gegen den Etat unternommenen Angriff. Ich würde gar nichts gegen eine Aenderung haben, wenn es sich um kleinere Sachen gähndelt hätte. Wenn Sie heute den Senatsantrag annehmen, dann setzen Sie eine Prämie auf die Unzufriedenheit der Beamten aus. Es wird in der Begründung betont, daß weite Kreise das Scheiden des Jenjen bedauern würden. Auch ich bedauere es und hätte gern ein diesen Gedanken ausdrückendes Schriftstück unterzeichnet. — Die Frage hinsichtlich des Schulraths springt nicht so sehr ins Auge. In seinen weiteren mit großer Unruhe aufgenommenen Ausführungen behandelt Redner sodann die Eintheilung der Baugewerkschule und weist nach, daß diese seiner Zeit an die Gewerbeschule angegliedert worden ist. Sodann wendet der Redner sich wieder dem Senatsantrage zu und weist darauf hin, daß unter 76 Bewerber doch wohl schon eine brauchbare Person zu finden sein dürfte. Bei Berathung des Besoldungsetzels ist man in der Kommission nicht so vorgegangen, wie vorgegangen werden sollte. Hier wird die Erhöhung des Gehaltes ja gar nicht beantragt, vielmehr handelt es sich nur um die Frage: „Wollen wir ihn halten oder nicht?“ Man spricht hier von Prinzipienreiterei; es dreht sich aber hierbei hauptsächlich darum, wer der Praktischste zwischen uns ist. Ist es derjenige, der Jenjen halten will, oder derjenige, welcher das Gegentheil wünscht? Ich kann Sie um Interesse unseres Staates und besonders mit Rücksicht auf unsere Finanzlage nur bitten, den Senatsantrag abzulehnen.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Soziales und Parteileben.

Dem Münchener Parteitagprotokoll ist nimmere auch die zweite Auflage dergriffen, so daß sich ein obermaliger Neudruck erforderlich macht. Die Buchhandlung Vorwärts bittet die Parteigenossen, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, dies umgehend zu thun. Die Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 69.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Wiesbaden ging die Liste der Gewerkschaften fast einstimmig durch. Gemeindevahlen. Bei den Ertragswahlen zum Stadtrath in Schwelm wurden trotz der großen Anstrengung der bürgerlichen Gegner unsere beiden Genossen wiedergewählt. — Unsere Genossen in der Stadt Posen haben diesmal zum erstenmal ebenfalls an den Stadtverordneten-Wahlen Theilgenommen. Obwohl schon 1900 ein Parteifachabdt aufgestellt war, erhielt er doch mangels jeder Agitation nur drei Stimmen. Diesmal wurden 114 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Das ist in Anbetracht der besondern Verhältnisse ein ganz beachtenswerther Anstieg. — In Dehli wird bei den sieben Sozialdemokraten und zwei Segner gewählt. — In Frankfurt a. M. wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. — Ebenso liegt in der Bauernschaft die Wahl bei Diebstahl der sozialdemokratischen Kandidat.

Das Schwurgericht in Augsburg sprach am Sonntag unseren Genossen Kollwagen, der wegen Sachverständigen des Artifizels „Arbeitslosigkeit“ einst und jetzt angeklagt war, frei.

Das Glend der Arbeitslosigkeit. Wie groß die Noth unter den Arbeitern infolge der gegenwärtigen Krise ist, zeigt eine Zählung des Pastors Streckler in Hannover an die dortigen Blätter. Pastor Streckler war vom Evangelischen Bunde beauftragt, für die mittellosen Durchreisenden zu sorgen. In seiner Zählung an die Blätter heißt es: „Während Glend kommt dr vor meine Augen: Jeden Abend erscheinen jetzt 20, 30 oder noch mehr, am Montag Abend sogar 38 Männer, die von Hildesheim, Celle, Braunschweig, Meiningen und anderen Orten hierher gewandert sind, und nun hungerig und mittellos hier eintreffen, ohne Obdach und Speise zu finden. Ich kann mich zu alljährlicher Erfahrung sagen, daß es sich hier fast ausnahmslos um ordentliche Leute handelt, die aber jetzt mit Gewalt in die Noth verbannt sind und Hunger und Kälte erdulden müssen.“

Der Beamte eines Bankgeschäftes, der eingelohnte Zinsfische untergeschlagen und wieder in den Verkehr gebracht hat, wurde Freitag von der Kriminalpolizei verhaftet. Von dem Erlös kaufte er für 19000 Mk. Wandbriefe und ließ 13000 Mk. aus. Die Höhe der Unterschlagungen ist noch nicht festgestellt.

Thorn. Das schwere Unglück auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz, bei dem im Mai d. J. infolge Ungelegenheit eines Transportes der Feldbahn der Obergeleitete Komat getödtet und fünf Leute verletzt wurden, davon zwei so schwer, daß sie als Ganzinvaliden entlassen werden mußten, fand Sonntag vor dem Kriegsgericht der 35. Division ihr gerichtliches Nachspiel. Der Leiter jenes Transportes, Unteroffizier Paul Nieschall vom 5. Artillerie-Regt. in Posen, wurde wegen jahrelanger Tödtung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Dreifährer auf der Anklagebank. Nicht weniger als drei Prozesse gegen den gräflichen Jüdenbrecher

oder eine Wurzel vom Felde aufgefressen. Als gestern Abend wieder eine große Anzahl zu mir kam und ich ihnen Nachtquartier anwies, aber auch erklärte, daß ich zu meinem Bauern nicht alle speisen könne, da fang ein erwachsener Mann an zu jammern, er habe den ganzen Tag nichts gegessen; ein anderer fing an zu taumeln und wurde ohnmächtig. Es war ein Fuhrknecht aus Dresden, der bei der bitteren Kälte 30 bis 40 Kilometer in der Nachbarschaft von Hannover gewandert war, um Arbeit zu suchen und nur ein Stück Brod unterwegs bekommen hatte. Er sah mir aus wie ein braver, ordentlicher Mann, auch war er gesund, nur Hunger, Kälte und Ermattung hatten ihn niedergeworfen. Nun bitte ich herzlich, die lieben Hannoverischen Mitbürger wollen mir reichliche Mittel in die Hand legen, damit ich nicht wieder zu jagen brauche: „Ich habe für Euch nichts zu essen.“ Ich weise für das Geld in der Herberge zur Heimath Nachtquartier und Abendessen an.“ Was will die private Wohlthätigkeit, die überdies stets versagt, wenn sie wirklich noth thut, besagen gegenüber dieser Uajunne von Glend. Hier müssen die Gemeinden und der Staat eingreifen. Wie oft hört man aber gerade von Behörden, daß von einem ernstlichen Nothstande nicht die Rede sein könne.

Ueber die Wirkung der Beschlagnahme seiner Kruppnummer entnehmen wir unserem Dortmunder Parteiblatt, das zugleich auch in Essen verbreitet wird, noch folgende Schilderung: Welches gewaltige Aufsehen, als am Montag kurz nach Mittag in Essen die Straßenverkäufer die „Arbeiterzeitung“ als erstes Blatt ausboten mit dem Ruf: Krupps Ausweisung aus Capri! Tausende holten ihre Nadel aus der Tasche und in kurzer Zeit war die Mehrzahl vergriffen. Unsere Filiale wurde im wahrsten Sinne des Wortes gestürmt. So viel Menschen hat das Lokal an einem Nachmittage noch nicht gesehen. Als gar von einer Seite das Gerücht verbreitet wurde, die Nummer wird konfisziert, da gab's ein Rennen, ein Ueberbieten, bis zu einer Mark das Exemplar. Das waren nicht Arbeiter, das waren Bürger, behäbige Bürger, die die sonst verpönte „Arbeiterzeitung“ begierig verschlangen. Das Rennen wachte immer größer, als die Polizei aus den Wirtschaften unser Blatt herausholte. Wie ein Lauffeuer ging das durch die ganze Stadt, hinaus nach den Vororten, überall wurde die „Arbeiterzeitung“ gesucht. Tausende, die vorher unser Blatt nicht einmal den Namen nach gekannt, hasteten jetzt darnach. Mit einem Schloge war die „Arbeiterzeitung“ der geschickteste Artikel. — Von Essen spielte der Draht nach Dortmund herüber. Die Güter der wackelnden Ordnung waren in fieberhafter Thätigkeit, um in der Hauptgeschäftsstelle den Drell zu verstopfen, der das ganze Ruhrgebiet zu überschwämmen drohte. Mehr Exemplare war die Frucht der Mühe. Während dessen waren die behelmten Häupter in den Gastwirtschaften und Restaurants thätig, um die verbotene Frucht einzusammeln. Niemand durfte das Blatt war im Laufe des Montag Abend durch Hunderte Hände gegangen. In den „nobelsten“ Kneipen, wo die „Arbeiterzeitung“ sonst nicht hinkommt, hatte man sich die Nummer zu verschaffen gewußt. Aus irgend welcher „Arbeiterkategorie“ wurde sie geborgt, um — nie wieder gebracht zu werden. Nicht allein in den Gasthäusern, auch den privaten Abonnenten hat man das Blatt wieder weggenommen.

Aus Nah und Fern.

Breslau. Der Beamte eines Bankgeschäftes, der eingelohnte Zinsfische untergeschlagen und wieder in den Verkehr gebracht hat, wurde Freitag von der Kriminalpolizei verhaftet. Von dem Erlös kaufte er für 19000 Mk. Wandbriefe und ließ 13000 Mk. aus. Die Höhe der Unterschlagungen ist noch nicht festgestellt.

Thorn. Das schwere Unglück auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz, bei dem im Mai d. J. infolge Ungelegenheit eines Transportes der Feldbahn der Obergeleitete Komat getödtet und fünf Leute verletzt wurden, davon zwei so schwer, daß sie als Ganzinvaliden entlassen werden mußten, fand Sonntag vor dem Kriegsgericht der 35. Division ihr gerichtliches Nachspiel. Der Leiter jenes Transportes, Unteroffizier Paul Nieschall vom 5. Artillerie-Regt. in Posen, wurde wegen jahrelanger Tödtung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Dreifährer auf der Anklagebank. Nicht weniger als drei Prozesse gegen den gräflichen Jüdenbrecher

aus Klein-Tschirne und einige andere Angeklagte beschäftigten am Sonnabend die 9. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. In der ersten Anklage wurde Graf Pückler beschuldigt, durch eine in den „Konfessionsblättern“ in Berlin am 11. November gehaltene Rede die Mitglieder der zweiten Strafkammer des Landgerichts I beleidigt zu haben. Die zweite Anklage richtete sich außer gegen Pückler noch gegen den Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“, Bruhn, den Stenographen Albert Schimmelpfennig, den Oberinspektor Pückler, Kirchner, und den Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Weber. Sie wurden der Aufreizung zum Klassenhaß und Beleidigung beschuldigt. Die dritte Anklage bezog sich auf die Angeklagten Graf Pückler und Weber und beschuldigte sie der Aufreizung zum Klassenhaß. Die ihm zur Last gelegten Beleidigungen des Richterkollegiums gab Graf Pückler in der Verhandlung nicht zu. Seine Ausführungen seien entstellt worden, die von ihm in seinen Reden gebrachten verben Ausdrücke gegen die Juden seien „bischlich“ aufzufassen. Der Angeklagte Bruhn bestritt jede Verantwortlichkeit für die von Grafen Pückler veranlassete Extrabeilage der „Staatsbürger-Zeitung.“ Die übrigen Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Vergehen zu. Es wurden alsdann die in Frage kommenden Reden des Grafen Pückler verlesen und verschiedene Stellen, darunter Dr. Neumann, der bekannte Sachverständige in der Ologauer Gerichtsverhandlung gegen Graf Pückler, und verschiedene Polizeioffiziere vernommen. Daran schloß sich das Plaidoyer des Staatsanwalts, in welchem dieser ausführte, daß Graf Pückler nicht als Spasmacher aufzutreten beabsichtigte, sondern mit vollem Ernst seine Aufreizungen und Beleidigungen ausgesprochen habe. Er beantragte deshalb gegen Pückler 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung, gegen Bruhn 3 Monate, gegen Kirchner 100, Schimmelpfennig 200 und Weber 300 Mark Geldstrafe. Das Urtheil soll am Dienstag verkündet werden.

Der Roman der Obdachlosen. Ein rührender Vorgang spielte sich Freitag Abend auf der Polizeiwache in Spandau ab. Unter den Unglücklichen, die sich jetzt in der winterlichen Jahreszeit allabendlich einstellen, um im Polizeiasyl für die Nacht unentgeltlich ein Unterkommen zu erlangen, befanden sich auch zwei Handwerksburschen, die einander völlig fremd waren. Der eine war ein etwa 60-jähriger, abgemagerter Mann, der andere eine noch junge, kräftige Gestalt von nahezu 30 Jahren. Dieser hatte zuerst seine Ausweisepapiere vorzulegen, woraus sich ergab, daß er der 23jährige Schuhmacher Hans Lederer aus Prenzlau war. Als der Alte, der so lange theilnahmslos dagestanden, diesen Namen hörte, wurde er aufmerksam; er trat vor und betrachtete den Jüngeren. Als bald hat er den Wächterabenden, an jenen einige Worte richten zu dürfen. Die kurze Unterhaltung der beiden Obdachlosen ergab, daß beide Brüder waren, die sich bisher in ihrem Leben nicht gesehen hatten. Der ältere, Seiler Otto Lederer, war bereits in die Fremde gegangen, als der jüngere als Sohn der zweiten Frau des Vaters geboren wurde. Es gab nun auf der Polizeiwache eine ergreifende Erkennungsszene.

Serzberg (Harz). Erfroren aufgefunden wurde in der Scheune des Kaufmannes Hellmuth der Bildstecher Schlie aus Hamburg.

Duisburg. Leuchtgasvergiftung. In der Nacht zum Sonnabend plagte in der Wohnung des Rechtsanwalts Kühnemann ein Gasöfen, die Frau des Rechtsanwalts wurde getödtet, er selbst erlitt leichte Brandwunden.

Brescia. Sechs italienische Jäger begaben sich Sonnabend trotz des Unwetters in einem Boote zur Entenjagd auf den Gardasee. Eine Welle stürzte das Boot um und sämtliche Insassen ertranken.

London. Schwere Schiffskatastrophe. Auf der Tyne-Mündung stieß der dänische Dampfer „Knud“ mit dem englischen Dampfer „Swaledale“ zusammen. „Knud“ sank sofort, acht Mann seiner Besatzung ertranken.

New-York. Einem Mann dchenhandelkomplot glaubt die Polizei in Philadelphia auf die Spur gekommen zu sein. Sie verhaftete 13 Personen in 20 verurtheilten Häusern, in denen die Oberhaupt der Bande, Schwarz, eingeschüpft. Nach Aussage des deutschen Konsuls werden die Geschäfte dieser Mädchenhändlerbande in Europa von einem Einwohner der Stadt Halle geleitet. Die von der Bande verhandelten Mädchen wurden unter verschiedenen Versprechungen, meistentheils dem der Heirath, nach Amerika gelockt, dann in öffentlichen Häuser verschleppt und dort gefangen gehalten. — Zwölf Bahnräuber überfielen einen Zug unweit Davenport in Iowa, sprengten die Geldschranke im Postwagen und erbeuteten 100 000 Dollar.

verschweigen, daß es mein und Dein Verderben sein würde, wenn ich ihr schon jetzt rückwärts die ganze Wahrheit offenbaren würde. Da ich nicht die Wahrheit sagen darf, so werde ich mich nicht verhalten. Und wenn es Dich nicht zu dem Besten bringen kann, so will ich mich nicht verhalten. Das Schicksal selbst hat entschieden. Was es denn gehen, was es will!“

Er eilte zu ihr, um zu öffnen, Mand aber hielt ihn zurück. „Was ist nicht verloren. Ich bin Deine Schwester Mand O'Neil aus Buffalo, die Dir gefolgt ist. Es muß sein, ich werde mich nicht verhalten. Und wenn es Dich nicht zu dem Besten bringen kann, so will ich mich nicht verhalten. Das Schicksal selbst hat entschieden. Was es denn gehen, was es will!“

Richard Morgan ist ein Mann, die Klappende einzulassen, hat sie den Kopf ein jammervoll und in ihrer Absicht verborgen. In halbglühender Stellung in den besagten Schicksal selbst hat entschieden. Was es denn gehen, was es will!“

Daisy war auf der Schwelle stehen geblieben, und ihr Kopf hatte nicht dem erwarteten Daghry, sondern dem wackeligen Mann entgegen, das sie in ihrer Gesehenshaft fand. Dann wandte sie sich aber schnell ihm zu, eine angstvoll gespannte Frage in den Zügen wie auf den Lippen.

„Da hast meinen Brief erhalten, nicht wahr, Henry? Und diese Dame dort ist Deine Schwester?“ Er hatte seinen Entschluß gefaßt, denn er sah, daß es jetzt in Wahrheit keinen anderen Weg mehr gab, als den, welcher Mand ihm wies.

„Ja, Daisy, meine Schwester Mand, die mir gefolgt ist, weil sie den Wunsch hegte, die Klappende und Gefahren eines armen Flüchtlings zu theilen. Kannst Du ihr sagen, daß dies ein toller, ein unauflösender Gedanke ist, und nicht mir helfen, sie zur Rückkehr nach Buffalo zu bewegen.“ Daisy trat noch um einen Schritt näher auf ihn zu, um ihre Stimme bis zu leisen Flüstern dämpfen zu können. „Hast Du ihr denn bereits gesagt, Henry, wie wir zu einander stehen?“

„Sie weiß es, aber sie ist ein wenig angegriffen. Ich bitte Dich, Rücksicht darauf zu nehmen.“

So vollständig es ihm gelungen war, bisher auch in den schwierigsten Situationen seine Kaltblütigkeit zu bewahren — in dem Augenblick, da Daisy jetzt vor Mand stand, klopfte ihm das Herz doch zum Zerplatzen, und er brennte bitter, die Geliebte dadurch, daß er sie hierher gebracht hatte, der Gefahr dieser Begegnung ausgesetzt zu haben.

Aber der überraschende Verlauf der kleinen Szene, die sich zwischen den Beiden abspielte, ließen alle seine Befürchtungen hinfällig zu werden.

Mit einer schlichten und natürlichen Herzlichkeit, welche so gewinnend wirkte, daß ihm sein kaltes Spiel doppelt verwerflich erschien, hörte er Daisy sagen: „Wenn Sie Henrys Schwester sind, will auch ich Sie als meine Schwester anerkennen. Sagen Sie mir, was ich thun kann, um mir Ihr Vertrauen und Ihre Freundschaft zu gewinnen.“

„Meine Freundschaft gebietet Ihnen, solange sie einen Werth für Sie hat,“ erwiderte Mand, sich ein wenig aufrichtend und ihr die Hand reichend. „Wenn Sie mir aber einen Beweis der Ihrigen geben wollen, so thun Sie nichts von dem, was mein Bruder fordern von Ihnen verlangt hat. Es würde vergebliches Bemühen sein, denn ich bin unwiderruflich entschlossen, ihn nicht zu verlassen.“

„Wie dürfen Sie anders denken, wenn Sie ihn wirklich lieb haben! Und Sie mögen unbesorgt sein. Wie ich ihn kenne, würde er auch gar nicht das Herz haben, Sie fortzuschicken, solange Sie so schwach sind und so krank aussehen, wie jetzt. Kommen Sie mit mir nach Pottsville, Sie erhalten in meines Vaters Hause ein Zimmer neben dem meinigen. Unter meiner Pflege sollen Sie bald genug Ihre rothen Wangen wieder haben.“

Sie hatte Mand's Rechte wie lieblosend in ihre beiden Hände genommen. „Was für eine und zarte Fingerringe Sie haben!“ sagte sie voll Bewunderung. „Und wie schön und vornehm Sie aussehen! Unser Haus ist freilich nur ein sehr einfaches Haus, Mand, und ich fürchte beinahe, daß Sie zu verwöhnt sind, um sich darin heimlich zu fühlen.“

„Ihre Furcht ist wahrlich unbegründet, Daisy. Ich werde überall heimlich sein, wo ich gern aufgenommen bin und in meines Bruders Nähe sein kann. Wenn er sich nur bewegen ließe mit uns zu gehen, folgte ich Ihnen am liebsten noch heute Abend nach Pottsville.“

um mir Ihr Vertrauen und Ihre Freundschaft zu gewinnen.“

„Meine Freundschaft gebietet Ihnen, solange sie einen Werth für Sie hat,“ erwiderte Mand, sich ein wenig aufrichtend und ihr die Hand reichend. „Wenn Sie mir aber einen Beweis der Ihrigen geben wollen, so thun Sie nichts von dem, was mein Bruder fordern von Ihnen verlangt hat. Es würde vergebliches Bemühen sein, denn ich bin unwiderruflich entschlossen, ihn nicht zu verlassen.“

„Wie dürfen Sie anders denken, wenn Sie ihn wirklich lieb haben! Und Sie mögen unbesorgt sein. Wie ich ihn kenne, würde er auch gar nicht das Herz haben, Sie fortzuschicken, solange Sie so schwach sind und so krank aussehen, wie jetzt. Kommen Sie mit mir nach Pottsville, Sie erhalten in meines Vaters Hause ein Zimmer neben dem meinigen. Unter meiner Pflege sollen Sie bald genug Ihre rothen Wangen wieder haben.“

Sie hatte Mand's Rechte wie lieblosend in ihre beiden Hände genommen. „Was für eine und zarte Fingerringe Sie haben!“ sagte sie voll Bewunderung. „Und wie schön und vornehm Sie aussehen! Unser Haus ist freilich nur ein sehr einfaches Haus, Mand, und ich fürchte beinahe, daß Sie zu verwöhnt sind, um sich darin heimlich zu fühlen.“

„Ihre Furcht ist wahrlich unbegründet, Daisy. Ich werde überall heimlich sein, wo ich gern aufgenommen bin und in meines Bruders Nähe sein kann. Wenn er sich nur bewegen ließe mit uns zu gehen, folgte ich Ihnen am liebsten noch heute Abend nach Pottsville.“

„So bitten Sie ihn darum,“ flüsterte ihr Daisy zu, sich mit glühenden Wangen über sie neigend. „Ich habe ja keinen heißeren Wunsch als diesen, aber ich würde nicht den Muth finden, ihn anzusprechen.“

(Fortsetzung folgt.)